

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2.21

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



In letzter Sekunde können wir doch noch melden, dass die große italienische Zivilprozessreform am 25.11.2021 von der Abgeordnetenkammer verabschiedet wurde. Zum Teil stand der deutsche Zivilprozess Pate (siehe unten, Neues aus Italien) zum Teil finden sich viele innovative Ansätze, die die Justiz entlasten sollen und auch für Deutschland ein Modell darstellen könnten, so wie beispielsweise die obligatorische außergerichtliche Mediation in vielen Rechtsgebieten. Das vornehmliche Ziel ist eine erhebliche Reduzierung der Prozessdauer. In Italien dauerte ein Zivilprozess im Jahr 2018 7,3 Jahre (2656 Tage); das Ministerium hofft auf eine Reduzierung von ca. 40 %; es wären dann immer noch 1593 Tage für einen Zivilprozess.

All'ultimo minuto, siamo in grado di segnalare che la grande riforma della procedura civile italiana è stata approvata dalla Camera dei Deputati il 25 novembre 2021. In parte le è stata d'ispirazione la procedura civile tedesca (vedi sotto, Notizie dall'Italia). In parte, ci sono molti approcci innovativi che hanno lo scopo di alleggerire il carico di lavoro dei giudici e che potrebbero essere un modello anche per la Germania, come la mediazione extragiudiziale obbligatoria in molti settori del diritto. L'obiettivo principale è quello di ridurre significativamente la durata del contenzioso. In Italia, una causa civile nel 2018 durava in media ben 7,3 anni (2656 giorni); il ministero spera in una riduzione circa del 40%; sarebbero allora ancora 1593 giorni per la definizione di una causa civile.

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Italien / Ultime dall'Italia

Teetrinkende Kassationsrichter	2
Giudici di cassazione bevono tè	3

Neues aus Deutschland / Ultime dalla Germania

Achtung der Menschenwürde im Vertrieb	4
Rispetto dei diritti umani nella catena di distribuzione	5

Gesellschaftsrecht / Diritto societario

Transparenzregister und Metamorphosen	6
Nuovo registro della trasparenza e metamorfosi	7

Informationen für Kollegen / Informazioni per colleghi

Beweislast bei Fehlen einer Honorarvereinbarung	8
Onere della prova in mancanza di un accordo sul compenso	9

Arbeitsrecht / Diritto del Lavoro

Nachvertragliches Wettbewerbsverbot Deutschland/Italien	10
Patto di non concorrenza post-contrattuale Germania/Italia	11

Immobilienseite / pagina immobiliare

Die Förderprogramme werden verlängert!	12
Bonus continuano!	13

Wettbewerbsrecht / Concorrenza

Das Leben der anderen	14
La vita degli altri	15
CEO-Fraud	16



Caffè al Bar:
Cassazione vs. Unesco! (Pag.3)

Kaffepause an der Bar:
Kassationshof vs. Unesco! (Seite 2)

NEUES AUS ITALIEN

Teetrinkende Kassationsrichter

Die italienische Kaffeepause beträgt 5 Minuten. Eine detaillierte Beschreibung liefert Edoardo De Filippo in „Questi Fantasmî“ (<https://www.youtube.com/watch?v=YIQLJOh6mo>), der sich aber größtenteils mit der Herstellung des Cafés und der heimischen Kaffeepause beschäftigt. Die Büro Kaffeepause gehört ebenfalls zum Ritus, der zur Zeit der Unesco-Welterbe-Kommission als Kandidatur vorliegt.

Während die deutsche Kaffeepause in einer „Ruhepause“, in der Regel im Sitzen, stattfindet und der Regenerierung dient, hat die wesentlich kürzere italienische Pause die Funktion, alle Sinne und insbesondere die Kreativität zu stimulieren. Der Kaffee wird ausnahmslos im Stehen getrunken, entweder in der Bar gegenüber oder vor dem Espressoautomat des Unternehmens. Kein vernünftiger italienischer Arbeitgeber würde die spontane Kaffeepause untersagen.

Vor diesem Hintergrund war im November 2021 das Kassationsurteil 32473/2021 Wasser auf die Mühlen der Globalisierungsgegner. Der Kassationshof hat den Unfall einer Angestellten auf dem Weg zur Bar gegenüber nicht als Wegeunfall anerkannt. Sie habe die Bar aus persönlichen Bedürfnissen aufgesucht und damit eine von ihrer Arbeitssituation zu unterscheidender Lage geschaffen. Die Kaffeepause sei keine physiologische Notwendigkeit und könne auch hinausgezögert werden.

Das oberste Gericht entschied damit nicht nur gegen die Vorinstanzen (Landgericht Florenz und Oberlandesgericht Florenz), die den Weg zum Espresso selbstverständlich als Teil des Arbeitsprozesses anerkannt hatten, sondern auch gegen das Anstandsdenken einer breiten Mehrheit der Bevölkerung.

Green Pass in italienischen Gerichten

Der italienische Justizminister hat mit Rundschreiben vom 13.10.2021 die Vorlagepflicht eines Green Pass für alle Justizangestellten, Richter und Staatsanwälte eingeführt. Wer keinen vorweisen kann, gilt als unentschuldigend fehlend. Gegen Richter und Staatsanwälte ist zudem ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Reform des italienischen Zivilprozesses

Im nächsten Mandantenbrief werden wir hoffentlich ausführlich über die Reform des italienischen Zivilprozesses berichten, die am 21. September 2021 bereits vom Senat verabschiedet wurde und am 22.11.2021, dem Tag, an dem unserer Mandantenbrief in Druck gehen wird, vor der Camera verhandelt werden wird. Soweit die Camera dem Senat folgen wird, wird die einschneidendste Änderung die Einführung von Präklusionsvorschriften schon vor der ersten mündlichen Verhandlung sein. Während im bisherigen italienischen Zivilverfahren die erste mündliche Verhandlung eine durchaus unnötige Durchgangsstation darstellt, sollte jetzt als erste Gelegenheit zur Entscheidung des Zivilprozesses genutzt werden. Die Parteien werden angehalten, sämtliche Schriftsätze und Beweisanträge bereits vor diesem ersten Termin einzureichen.

Deutsche Kollegen werden beim Lesen dieser Zeilen sich die Augen reiben, nachdem in Deutschland

seit Einführung der Zivilprozessordnung im Kaiserreich nichts anderes gilt. Man kann sogar durchaus eine gegensätzliche Tendenz feststellen. Während die Präklusionsvorschriften nach der ZPO schon zu der ersten mündlichen Verhandlung bis vor wenigen Jahrzehnten so scharf angewandt wurden, dass der junge Rechtsanwalt bereits drei Monate nach Einreichung der Klage ein klageabweisendes Urteil entgegennehmen konnte, sind heute Überraschungsentscheidungen seltener geworden. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu beigetragen, dass die Richter fürsorglicher geworden sind und Rahmen des § 139 ZPO vor ihrer Entscheidung den Parteien Hinweise geben.

Die Reform wird auch zu einer Stärkung der vorgegerichtlichen Mediation führen. Beweismittel, die schon in der vorgegerichtlichen Mediation erhoben wurden, können im späteren Verfahren verwendet werden. Die Anwendung der obligatorischen Mediation wird auf viele Rechtsgebiete erweitert werden. Die Vergütungsordnung für Rechtsanwälte soll dahingehend abgeändert werden, dass vorgerichtliche Vergleichsschlüsse besonders honoriert werden.

Ein interessanter Nebenkriegsschauplatz betrifft die Reform des Gerichtskostenwesens. Die Reform – beziehungsweise das dazugehörige Haushaltsgesetz – sah ursprünglich vor, dass nach deutschem Vorbild das Gericht erst tätig werden sollte, wenn die Gerichtskosten eingezahlt worden wären. Das hat ein Sturm der Entrüstung bei allen Vorständen der italienischen Rechtsanwaltskammern ausgelöst. Einige Stellungnahmen sind nicht einmal zitierfähig. Vom Raubritterturm des Staates bis zum barbarischen Anschlag auf den Rechtsstaat, vom Zivilprozess als „Salon der Reichen“ war die Rede (Quelle: il Dubbio vom 17.11.2021), auch von „Klassenjustiz“, sodass mit einem Einknicken der Reformisten gerechnet werden kann und die ohnehin niedrigen Gerichtskostenvorschüsse dem Rechtsstaat nicht mehr im Wege stehen werden.

Der Kassationshof hat eine ausführliche Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf abgegeben, die wir Interessierten gerne weiterleiten.

Ab 1.1.2022: Bargeldgrenze 999 Euro

Wie bereits im Gesetz 157/2019 vorgesehen, gilt in Italien ab dem 1. Januar 2022 eine Bargeldgrenze von 999 Euro. Alle Geldflüsse über diesem Betrag müssen nachverfolgbar sein, also in der Regel durch Banküberweisungen ausgeführt werden. Es wird nach wie vor möglich sein, eine Barabhebung über 1.500 Euro vorzunehmen; ein Geschäft oder ein Dienstleister darf aber eine Barzahlung von über 999,00 Euro nicht mehr annehmen; er riskiert ein Bußgeld von bis zu 15.000,00 Euro. Für „Einzahler“ beginnt der Bußgeldkatalog bei 2.000,00 Euro.

Meldebesccheinigungen Online

Die Digitalisierung Italiens schreitet voran. Ab dem 15.11.2021 können in Italien gemeldete Bürger verschiedene Bescheinigungen aus Melderegister online abrufen. Der Dienst ist kostenlos und setzt eine vorherige Anmeldung bei der staatlichen Zertifizierungsstelle voraus („identità digitale“).

GERÜCHTE IM RECHT

Künstliche Intelligenz im Bundestag

Gerüchte, Verschwörungstheorien, urban legends; gerade in C 19 und social media Zeiten könnte man sich den ganzen Tag damit beschäftigen. Dabei fällt oft das niedrige Bildungsniveau der Verbreiter auf und man wähnt sich unempfindlich.

Weit gefehlt! Folgendes Gerücht hat es bis zum Bundestag gebracht, höher geht es nicht.

Seit Jahren ist auch bei den Juristen KI (Künstliche Intelligenz) in aller Munde. Jeder anständige deutsche Kammerbezirk hat bereits eine Tagung zu dem Thema organisiert. Es wird befürchtet, dass nicht nur der Anwaltsberuf irgendwann durch eine Software ersetzt wird, sondern auch der Richterberuf.

Und so entwickelt sich ein intelligentes Gerücht:

Das Online Magazin „Wired“ stellt am 25.3.2019 einen Artikel unter dem Titel „Can AI Be a Fair Judge in Court? Estonia thinks so“ (der heute noch abrufbar ist <https://www.wired.com/search/?q=%22Can%20AI%20be%20a%20fair%20Judge%20in%20Court%22&page=1&sort=score>), ins Netz. Danach soll in Estland ein Gerichtsverfahren eingeführt worden sein, in dem KI bei Streitwerten von bis zu 7000 Euro ohne menschliches Zutun eine Entscheidung treffen würde.

Der Deutschlandfunk griff diese Meldung auf und berichtete seinerseits am 27.3.2019 in seiner Sendung „KI-Richter in Estland fällt Urteile per Algorithmus.“ Der Deutschlandfunk ist ein öffentlich-rechtlicher Sender, sodass der wissenschaftliche Dienst des Bundestages wohl keinen Anlass zu einer Überprüfung sah und in seinem Gutachten zum Thema „Sachstand: Künstliche Intelligenz in der Justiz-Internationaler Überblick“ den estnischen Robot-Richter in den Bundestag einführt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages steht den Abgeordneten für ihre Meinungsbildung zur Verfügung und sichert wissenschaftlich fundierte Beschlüsse.

Dem offensichtlich nicht an Mangel an Altersweisheit leidende Prof. Dr. Maximilian Herberger kam das estnische Modell spanisch vor und griff zum Telefon. Er rief im Justizministerium in Tallinn an und erhielt die erhellende Antwort, dass man immer wieder auf den Artikel angesprochen werde, aber die Meldung, man setze Robot-Judges für kleinere Streitwerte ein, schlicht falsch sei. Es werde geprüft, inwieweit AI estnische Richter bei ihrer Arbeit unterstützen könne.

Aus dieser wahren Geschichte lässt sich schließen: Ein Einsatz von natürlicher Intelligenz, wie der von Herberger, kann vieles richtig stellen. Man wünscht sich auch mehr Sorgfalt beim wissenschaftlichen Dienst im Bundestag, insbesondere bei staatstragenden Entscheidungen.

(Die Redaktion hat die Geschichte – kein Gerücht! – aus dem Artikel von Prof. Herberger in NJW-aktuell, 37/2021, Seite 19 entnommen. Sie gehörte eigentlich nicht nacherzählt, sondern einfach abgeschrieben, sie ist wirklich einzigartig).

IL "PER SENTITO DIRE" NEL DIRITTO

Intelligenza artificiale nel Bundestag

Voci, teorie di cospirazione, leggende metropolitane; soprattutto nell'epoca del C19 e dei social media, ce ne potremmo occupare tutto il giorno. Il basso livello di istruzione di coloro che diffondono tali "dicerie" è spesso sorprendente, e ci si sente quindi anche poco ricettivi in merito.

Ben lungi dall'esserlo! La seguente voce è arrivata fino al Bundestag, più in alto di così non si può.

Da anni, l'intelligenza artificiale è sulla bocca di tutti, anche tra i giuristi. Ogni ordine professionale decente ha già organizzato una conferenza sul tema. Si teme che non solo la professione legale sarà alla fine sostituita dal software, ma anche la professione di giudice.

E così si sviluppa una verità non tanto vera:

Il 25.3.2019, la rivista online "Wired" pubblica un articolo dal titolo "Can AI Be a Fair Judge in Court? L'Estonia la pensa così" (a cui si può accedere ancora oggi sotto

<https://www.wired.com/search/?q=%22Can%20AI%20be%20a%20fair%20Judge%20in%20Court%20&page=1&sort=score>.

Secondo questo articolo, in Estonia sarebbe stata introdotta una procedura giudiziaria in cui l'intelligenza artificiale prenderebbe una decisione senza intervento umano per cause fino ad un valore di 7.000 euro.

La radio nazionale Deutschlandfunk riprende questa notizia e la riporta a sua volta il 27.3.2019 nel suo programma "Giudice IA in Estonia emette sentenze tramite algoritmo". Deutschlandfunk è un'emittente di servizio pubblico, quindi il servizio scientifico del Bundestag probabilmente non ha visto alcuna ragione per un controllo della notizia e ha introdotto il giudice robot estone al Bundestag nel suo rapporto su "Stato delle cose: intelligenza artificiale nel sistema giudiziario - Panoramica internazionale". Il servizio scientifico del Bundestag è a disposizione dei deputati per formare le loro opinioni e garantire decisioni scientificamente valide.

Al Prof. Dr. Maximilian Herberger, che evidentemente non soffre di una mancanza di saggezza, questo modello estone appariva strano e ha preso quindi il telefono per sincerarsene. Ha chiamato il Ministero della Giustizia a Tallinn e ha ricevuto l'illuminante risposta che l'articolo è oggetto di continue richieste dall'estero, ma che la notizia che i giudici robot sono stati utilizzati per controversie di basso valore è semplicemente falsa. Si sta solo verificando, in che misura l'IA potrebbe sostenere i giudici estoni nel loro lavoro.

Da questa storia vera, si può concludere: l'uso dell'intelligenza naturale, come quella di Herberger, può mettere a posto molte cose. Si vorrebbe anche vedere più diligenza da parte del servizio scientifico del Bundestag, soprattutto quando si tratta di decisioni di rilevanza essenziale (p.e. interventi dell'esercito).

(La redazione ha ripreso la notizia dall'articolo del Prof. Herberger in NJW-aktuell, 37/2021, pagina 19. In realtà non doveva essere raccontata, ma semplicemente trascritta, è veramente unica).

ULTIME DALL'ITALIA

Giudici di cassazione bevono tè

La pausa caffè italiana è di 5 minuti. Una descrizione dettagliata è fornita da Edoardo De Filippo in "Questi Fantasmi" (<https://www.youtube.com/watch?v=YIL-QLj0h6mo>), che si occupa però in gran parte della produzione del caffè e della pausa caffè domestica. La pausa caffè dell'ufficio fa anche parte del rito attualmente presentato come candidatura alla Commissione del patrimonio mondiale dell'Unesco.

Mentre la pausa caffè tedesca si svolge in un "luogo di riposo", di solito in posizione seduta, e serve a rigenerarsi, la pausa italiana, molto più breve, ha la funzione di stimolare tutti i sensi e soprattutto la creatività. Il caffè si beve invariabilmente in piedi, o nel bar di fronte o davanti alla macchina per l'espresso dell'azienda. Nessun datore di lavoro italiano sensato vieterebbe la pausa caffè spontanea.

In questo contesto, nel novembre 2021, la sentenza 32473/2021 della Corte di Cassazione è stata pane per i denti degli oppositori alla globalizzazione. La Corte di Cassazione non ha riconosciuto l'incidente di una dipendente che si recava al bar di fronte come un incidente di lavoro. Sarebbe andata al bar per motivi personali e avrebbe così creato una situazione diversa dalla sua situazione lavorativa. La pausa caffè non sarebbe una necessità fisiologica e avrebbe potuto anche essere ritardata.

La Suprema Corte si è così pronunciata non solo contro le istanze precedenti (Tribunale di Firenze e Corte d'Appello di Firenze), che avevano riconosciuto il percorso per andare a prendere l'espresso come una cosa ovvia nell'ambito del processo di lavoro, ma anche contro il modo di pensare di un'ampia maggioranza della popolazione.

Il Green Pass nei tribunali italiani

In una circolare del 13.10.2021, il Ministro della Giustizia italiano ha introdotto l'obbligo di presentare una Green Pass per tutti gli impiegati giudiziari, giudici e pubblici ministeri. Coloro che non possono produrne uno sono considerati assenti ingiustificati. Anche i procedimenti disciplinari devono essere avviati contro i giudici e i pubblici ministeri.

Riforma della procedura civile italiana

Nella nostra prossima lettera al cliente, speriamo di riferire in dettaglio sulla riforma della procedura civile italiana, che è già stata approvata dal Senato il 21 settembre 2021 e sarà ascoltata dalla Camera il 22 novembre 2021, il giorno in cui la nostra lettera al cliente andrà in stampa. Per quanto la Camera seguirà il Senato, il cambiamento più drastico sarà l'introduzione di regole di preclusione già prima della prima udienza orale. Mentre nella precedente procedura civile italiana la prima udienza orale era una stazione transitoria abbastanza inutile, ora dovrebbe essere usata come la prima occasione per decidere la causa civile. Le parti sono incoraggiate a depositare tutte le memorie e le mozioni di prova già prima di questa prima data.

I colleghi tedeschi si stropicceranno gli occhi leggendo queste righe, dato che nient'altro è stato appli-

cato in Germania dall'introduzione del codice di procedura civile ai tempi del Kaiser. In effetti, si può vedere la tendenza opposta. Mentre fino a qualche decennio fa le regole di preclusione dello ZPO erano applicate così rigidamente alla prima udienza orale che il giovane avvocato poteva ricevere una sentenza che respingeva l'azione già tre mesi dopo il deposito dell'azione, oggi le decisioni a sorpresa sono diventate più rare. La Corte costituzionale federale ha contribuito al fatto che i giudici sono diventati più premurosi e danno indicazioni alle parti nell'ambito del § 139 del codice di procedura civile prima della loro decisione.

La riforma porterà anche a un rafforzamento della mediazione preprocessuale. Le prove già raccolte nella mediazione preprocessuale possono essere utilizzate nel procedimento successivo. L'applicazione della mediazione obbligatoria sarà estesa a molti settori del diritto. I regolamenti sulla remunerazione degli avvocati devono essere modificati in modo che gli accordi preprocessuali siano remunerati in modo speciale.

Un'interessante questione collaterale riguarda la riforma del sistema delle spese processuali. La riforma - o meglio la legge di bilancio associata - prevedeva originariamente che, secondo il modello tedesco, il tribunale non avrebbe agito finché le spese processuali non fossero state pagate. Questo ha causato una tempesta di indignazione tra tutti i consigli direttivi degli ordini degli avvocati italiani. Alcune dichiarazioni non sono nemmeno degne di essere citate. Dalla torre rapinatrice dello Stato al barbaro attacco allo stato di diritto, dalla procedura civile come "salotto dei ricchi", si è parlato (fonte: il Dubbio del 17.11.2021), anche di "giustizia di classe", per cui ci si può aspettare un cedimento dei riformisti e i già bassi anticipi delle spese processuali non saranno più di ostacolo allo stato di diritto.

La Corte di Cassazione ha emesso un parere dettagliato sul progetto di legge, che saremo lieti di trasmettere alle parti interessate.

Italia, dal 1.1.2022: limite pagamenti in contanti 999 euro

Come già previsto dalla legge 157/2019, un limite di contanti di 999 euro sarà applicato in Italia dal 1° gennaio 2022. Tutti i flussi di cassa superiori a questo importo devono essere tracciabili, cioè di solito eseguiti tramite bonifici bancari. Sarà ancora possibile fare un prelievo in contanti oltre 1.500 euro; tuttavia, un negozio o un fornitore di servizi non potrà più accettare un pagamento in contanti oltre 999,00 euro; rischiano una multa fino a 15.000,00 euro. Per i "pagatori", il catalogo delle multe parte da 2.000,00 euro.

Certificati anagrafici online

La digitalizzazione in Italia sta procedendo. Dal 15.11.2021, i cittadini registrati in Italia potranno accedere online a vari certificati dei registri civili. Il servizio è gratuito e richiede una registrazione preventiva presso l'ente di certificazione statale ("identità digitale").

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Entwurmungsmittel und C19

Die Desinformation der Bevölkerung – die in Deutschland mehr Erfolg hat als in Italien – wird durch die Social Media befeuert. Hier aber ein nützlicher Beitrag von YouTube:

Nach eigenen Angaben hat YouTube seit Februar 2020 mehr als 1 Million (!) Videos mit falschen Informationen über das Corona Virus gelöscht; die Filme betrafen sowohl falsche Heilmethoden wie auch Falschmeldungen im Allgemeinen. YouTube orientiert sich an den Vorgaben des US-Gesundheitsministeriums und der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

In Deutschland ist beispielsweise der Irrglaube verbreitet, dass eine Entwurmungsmittel für Pferde (Ivermectin) gegen C 19 helfe. Nach einer Meldung der BZ (Berliner Zeitung, Internetportal vom 7. November 2021) soll eine zweifache Mutter in Berlin schon daran gestorben sein.

Achtung der Menschenrechte im Vertrieb: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Am 1.1.2022 wird in Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Kraft treten. Das Gesetz bezweckt die Verhinderung von Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Diskriminierung und mangelnde Sicherheitsstandards entlang der Lieferkette. Jedes Unternehmen mit über 3000 Arbeitnehmern muss einen Verantwortlichen für das Risikomanagement im Unternehmen bestimmen und eine Risikoanalyse zur Ermittlung Menschenrechts- und umweltbezogener Risiken erstellen. Im eigenen Geschäftsbereich und bei unmittelbaren Zulieferern hat das Unternehmen mindestens einmal im Jahr zu überprüfen, ob eine Verletzung von Menschenrechten oder Umweltbelangen vorliegt. Sobald Risiken festgestellt werden, müssen die Unternehmen Präventionsmaßnahmen ergreifen. Hierzu werden Dokumentationspflichten eingeführt. Das Bun-

desamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle überprüft die Einhaltung des Gesetzes und kann Bußgelder bis zu 800.000 Euro verhängen.

Leider können die Geschädigten auf Grundlage des Gesetzes keine zivilrechtliche Haftung gegen die Unternehmen und ihre Organe geltend machen. Wäre eine solche Haftung eingeführt worden, hätte das Gesetz sicher eine weit größere Relevanz und hätte seinem Zweck besser dienen können.

Noch im Jahre 2019 sind Ansprüche von pakistanischen Textilarbeiterinnen gegen das Unternehmen KIK aus Schadensersatz wegen mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen seiner Sublieferanten - die Fabrik in Pakistan brannte nieder – von dem Landgericht Dortmund abgewiesen worden. Der unbefriedigende Ausgang des Rechtsstreits war einer der Auslöser des neuen Gesetzes; umso schmerzlicher, dass sich an der zivilrechtlichen Lage für die zukünftigen Opfer nichts ändern wird.

GEISTIGES EIGENTUM

Oktoberfest ist eine Marke

Oktoberfeste werden in Europa mittlerweile überall gefeiert. Das wird in Zukunft schwieriger werden, da die EU-Behörde für geistiges Eigentum (EU EUIPO) im September 2021 den Antrag der Stadt München auf Eintragung von „Oktoberfest“ als geschützte Marke stattgegeben hat. Nach Aussage des Münchner Wirtschaftsreferent wollte man damit unter anderem verhindern, dass das Oktoberfest auch noch nach Dubai ziehen würde (Quelle LTU, vom 15. 9. 2021).

Ministerium für Agrar-, Lebensmittel- und Forstpolitik (Mipaf) und Amazon gemeinsam gegen Online-Fälschungen von Produkten mit g.U. und g.g.A.

Italien ist eines der ersten Länder weltweit, das mit Amazon eine Absichtserklärung unterzeichnet hat, um den Schutz vor Fälschungen italienischer Lebensmittel- und Weinprodukte mit DOC- und IGP-Zertifikat zu stärken.

Die Herkunfts- und Nährwertkennzeichnung, auch auf Online-Marktplätzen, wird im Zeitalter der Digitalisierung zu einem besonders wichtigen Thema. Die Absichtserklärung zielt darauf ab, eine tägliche Überwachung von Online-Marktplätzen durch die Zentralinspektion für den Schutz der Qualität und die Betrugsbekämpfung bei Agrar- und Ernährungsprodukten (ICQRF) einzuführen, um den Online-Schutz italienischer Produkte mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g.U.) und geschützter geografischer Angabe (g.g.A.) zu verbessern und Amazon die Möglichkeit zu geben, gefälschte Produkte umgehend zu entfernen. AB

Quelle:
<https://www.politicheagricole.it/flex/cm/pages/ServeBLOB.php/L/IT/IDPagina/17476>

Wie viel ist die Marke Alitalia wert?

Am 14.10.2021 fand der letzte Flug von Alitalia statt, der italienischen Fluggesellschaft, die 74 Jahre lang Italien in der Welt repräsentierte.

Die historische italienische Marke „Alitalia“ war im September von der Sonderverwaltung der ehemaligen Fluggesellschaft im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zum Kauf angeboten worden, wie von der Europäischen Kommission gefordert. Der Startpreis lag bei 290 Millionen Euro.

Die Marke wurde für 90 Millionen Euro von Italia Trasporto Aereo (ITA) gekauft, dem öffentlichen Unternehmen, das die Fluggesellschaft Alitalia ersetzt hat. Die neue Gesellschaft, die den Namen ITA Airways tragen wird, wird die einzige Gesellschaft sein, die die Namen und Symbole von Alitalia verwenden darf, aber nach dem, was bislang zu lesen war, beabsichtigt die neue Fluggesellschaft, nur ihren neuen Namen zu verwenden und neue Logos einzuführen, die sich von den bisherigen unterscheiden. AB

Verstärkter Schutz der bekannten Marke

Artikel 20 des italienischen Gesetzes über das gewerbliche Eigentum (Gesetzesdekret 30/2005) regelt, welche Rechte dem Inhaber der Marke zustehen: „(...) c) ein mit der eingetragenen Marke identisches oder ähnliches Zeichen für Waren oder Dienstleistungen, auch wenn sie nicht ähnlich sind, wenn die eingetragene Marke im Inland bekannt ist und die Benutzung des Zeichens, auch zu anderen Zwecken als der Unterscheidung der Waren und Dienstleistungen, die Unterscheidungskraft oder den Ruf der Marke ohne rechtfertigenden Grund in unlauterer Weise ausnutzt oder beeinträchtigt“. Dieser verstärkte Schutz soll verhindern, dass die bekannte Marke in ihrer Unterscheidungskraft geschädigt und durch Trittbrettfahrer angegriffen wird, d. h. durch

die Vorteile, die ein Dritter aus der Benutzung eines mit der bekannten Marke identischen oder ähnlichen Zeichens zieht.

In einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Kassationsgerichtshofs (Urteil Nr. 27217 vom 07.10.2021) wurde dem Schutzantrag des berühmten Modehauses Gucci stattgegeben, das die Löschung der Eintragung von zwei Marken durch ein chinesisches Unternehmen wegen „mangelnder Neuheit“ beantragt hatte. Das Berufungsgericht hatte den Antrag mit der Begründung zurückgewiesen, dass die Kunden der Marke Gucci daran gewöhnt seien, die bekannte Marke zu erkennen und von anderen, ähnlichen Marken zu unterscheiden, und dass die Merkmale der Marke des chinesischen Unternehmens eine Unterscheidung der Produkte ermöglichten.

Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs hat das Berufungsgericht jedoch die Entwicklung der EU-Rechtsprechung nicht berücksichtigt, wonach eine Verwechslungsgefahr nicht erforderlich ist, um eine Verletzung zu begründen, da eine Verbindung zwischen dem Zeichen und der Marke ausreichend ist. Der Kassationsgerichtshof unterstrich dann, wie das jüngere Zeichen (in diesem Fall das des chinesischen Unternehmens) von der Anziehungskraft, dem Ruf, dem Ansehen und dem Image der bekannten Marke (in diesem Fall Gucci) profitieren kann. Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass „je mehr die Unterscheidungskraft und die Bekanntheit der fraglichen Marke von Bedeutung sind, desto eher das Vorliegen einer Verletzung bejaht werden wird; außerdem ist die Gefahr, dass die gegenwärtige oder künftige Benutzung des Zeichens die Unterscheidungskraft oder die Wertschätzung der Marke in unlauterer Weise ausnutzt oder beeinträchtigt, umso größer, je unmittelbarer und stärker die Erinnerung an die Marke durch das jüngere Zeichen ist“. Dies ist sicherlich ein Schritt nach vorne für den verbesserten Schutz von bekannten Marken. AB

ULTIME DALLA GERMANIA

Rispetto dei diritti umani nella distribuzione: Legge tedesca sulla due diligence dei fornitori

Il 1° gennaio 2022 entrerà in vigore in Germania la legge sulla due diligence dei fornitori (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz). La legge è volta a prevenire e contrastare il lavoro minorile, il lavoro forzato, la discriminazione e gli standard di sicurezza inadeguati lungo la catena di approvvigionamento. Ogni società con più di 3.000 dipendenti deve nominare un responsabile della gestione dei rischi all'interno della società e condurre un'analisi dei rischi per identificare i rischi legati ai diritti umani e i rischi ambientali. Nella propria attività e nel caso di fornitori diretti, la società deve controllare almeno una volta all'anno se ricorre una violazione dei diritti umani o delle questioni ambientali. Non appena vengono identificati i rischi, le società devono adottare misure preventive. In tale contesto, sono introdotti

obblighi di documentazione. L'Ufficio federale dell'economia e del controllo delle esportazioni monitora il rispetto della legge e può comminare multe fino a 800.000 euro.

Purtroppo, le parti lese non possono chiamare a rispondere in sede civilistica le società e i loro organi in virtù della legge. Se tale responsabilità civile fosse stata introdotta, la legge avrebbe certamente avuto una rilevanza molto maggiore e avrebbe potuto servire meglio al suo scopo.

Nel 2019 sono state respinte dal Tribunale di Dortmund le pretese risarcitorie avanzate da alcune lavoratrici pakistane operanti nel settore tessile nei confronti della società KIK per danni dovuti a misure di sicurezza inadeguate adottate dai suoi subfornitori – la fabbrica in Pakistan è bruciata. L'esito insoddisfacente del giudizio è stato uno dei fattori scatenanti della nuova legge; davvero un peccato che nulla cambierà in sede civilistica per le future vittime.

Sverminatori e COVID-19

La disinformazione della popolazione – che ha più successo in Germania che in Italia – è alimentata dai social media. Ma ecco un utile contributo di YouTube:

YouTube, stando a quanto affermato da YouTube stesso, ha cancellato più di 1 milione (!) di video contenenti false informazioni sul Coronavirus dal febbraio 2020; i video riguardavano sia false cure che false notizie in generale. YouTube segue le indicazioni del Ministero della Sanità statunitense e dell'Organizzazione Mondiale della Sanità (OMS).

In Germania, per esempio, è diffusa l'idea errata che uno sverminante per cavalli (Ivermectin) aiuti contro il COVID-19. Secondo una notizia pubblicata dal quotidiano tedesco Berliner Zeitung sul suo sito Internet in data 7 novembre 2021, una donna con due figli a Berlino sarebbe già morta.

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

L'Oktoberfest è un marchio

L'Oktoberfest è ormai celebrata ovunque in Europa. Questo diventerà più difficile in futuro, dato che nel settembre 2021 l'Ufficio dell'UE per la Proprietà Intellettuale (EUIPO) ha accolto la domanda della città di Monaco di Baviera di registrare "Oktoberfest" come marchio protetto. Secondo il consigliere economico di Monaco, uno degli obiettivi era di evitare che l'Oktoberfest si trasferisse anche a Dubai (fonte LTU, 15. 9. 2021).



Ministero delle politiche agricole alimentari e forestali (Mipaaf) e Amazon insieme contro la contraffazione online di prodotti DOP e IGP

L'Italia è uno dei primi Paesi al mondo a siglare con Amazon un protocollo di intesa per rafforzare la tutela contro la contraffazione dei prodotti agroalimentari e vitivinicoli italiani, contraddistinti dalla certificazione DOP e IGP.

L'etichettatura di origine e nutrizionale anche nei marketplaces online è un tema molto importante e particolarmente sentito in quest'epoca di digitalizzazione. Questo protocollo di intesa, che mira a realizzare un monitoraggio quotidiano dei marketplaces online effettuato dall'Ispettorato Centrale della tutela della Qualità e Repressione Frodi dei prodotti agroalimentari (ICQRF), aumenterà la tutela online dei pro-

dotti italiani che godono della certificazione di Denominazione di Origine Protetta (DOP) e di Indicazione Geografica Protetta (IGP), consentendo ad Amazon di rimuovere tempestivamente i prodotti contraffatti. AB

Fonte: <https://www.politicheagricole.it/flex/cm/pages/ServeBLOB.php/L/IT/IDPagina/17476>

Quanto vale il marchio Alitalia?

Il 14.10.2021 è stato operato l'ultimo volo della compagnia aerea Alitalia, la compagnia aerea italiana che per ben 74 anni ha rappresentato la nazione.

Il marchio storico italiano "Alitalia" era stato messo in vendita a settembre dall'amministrazione straordinaria della ex compagnia di volo tramite bando pubblico, come richiesto dalla Commissione Europea. Il prezzo di partenza era di 290 milioni di euro.

Il marchio è stato acquistato per la somma di 90 milioni di euro da Italia Trasporto Aereo (ITA), la società pubblica che ha sostituito la compagnia aerea Alitalia. La nuova compagnia che si chiamerà ITA Airways sarà l'unica società ad avere la possibilità di usare i nomi e i simboli di Alitalia, ma secondo quanto trapelato fino ad ora la nuova compagnia di bandiera intende utilizzare solo il nuovo nome e introdurre nuovi segni distintivi diversi da quelli precedenti. AB

La tutela rafforzata del marchio notorio

L'art. 20 del Codice della Proprietà industriale italiano (D.Lgs. 30/2005), nell'enunciare quali sono i diritti spettanti al titolare del marchio prevede che: "Il titolare ha il diritto di vietare ai terzi, salvo proprio consenso, di usare nell'attività economica: (...) c) un segno identico o simile al marchio registrato per prodotti o servizi anche non affini, se il marchio registrato goda nello stato di rinomanza e se l'uso del segno, anche a fini diversi da quello di contraddistinguere i

prodotti e i servizi, senza giusto motivo consente di trarre indebitamente vantaggio dal carattere distintivo o dalla rinomanza del marchio o reca pregiudizio agli stessi." Questa tutela rafforzata mira ad evitare che il marchio notorio venga leso nella sua capacità distintiva e venga attaccato da fenomeni di parassitismo commerciale, ovvero quei vantaggi tratti dal terzo dall'uso del segno identico o simile al marchio noto.

Una recentissima sentenza della Corte di Cassazione (Sent. n. 27217, del 07/10/2021) ha accolto la richiesta di tutela della famosa casa di moda Gucci, che chiedeva l'annullamento per "difetto di novità" della registrazione di due marchi da parte di una società cinese. La Corte d'appello aveva rigettato la domanda sostenendo che la clientela del marchio Gucci fosse abituata a riconoscere e distinguere il noto marchio da qualsiasi altro simile e che le caratteristiche del marchio della compagnia cinese permettevano di distinguere i prodotti. Secondo la Corte Suprema, invece, la Corte d'Appello ha trascurato gli sviluppi della giurisprudenza comunitaria, secondo la quale per aversi violazione non è necessario un rischio di confusione, essendo sufficiente anche un nesso tra il segno e il marchio. La Corte di Cassazione ha quindi sottolineato come il segno posteriore (in questo caso quello della società cinese) possa beneficiare del potere attrattivo, della reputazione, del prestigio e dell'immagine del marchio notorio (in questo caso Gucci). Infine, è stato sottolineato che "più il carattere distintivo e la notorietà del marchio di cui si tratta sono rilevanti, più facilmente sarà ammessa l'esistenza di una violazione; inoltre, più l'evocazione del marchio ad opera del segno successivo è immediata e forte, più aumenta il rischio che l'uso attuale o futuro del segno tragga un vantaggio indebito dal carattere distintivo o dalla notorietà del marchio o rechi loro pregiudizio". È sicuramente un passo avanti per la tutela rafforzata dei marchi di rinomanza. AB

GESELLSCHAFTSRECHT

Strafbarkeit deutscher Unternehmen in Italien

Der Mandantenbrief hat wiederholt über die Unterschiede zwischen deutschem und italienischem Recht zur Strafbarkeit der Gesellschaft berichtet. In Deutschland ist das ein immer wiederkehrendes Thema, das in nicht weiter verfolgte Gesetzesinitiativen mündet. In Italien ist die Strafbarkeit der Gesellschaft nach dem Dekret 231/2001 schon seit über 20 Jahren Gesetz.

Der Kassationshof hat in diesem Zusammenhang entschieden (6.09.2021, 32899/21), dass auch die ausländische Gesellschaft, die über keine Betriebsstätte in Italien verfügt, in Italien strafrechtlich verfolgt werden kann. Die Entscheidung erging über den Eisenbahnunfall in Viareggio (strage di viareggio) aus dem Jahre 2009, bei dem 32 Menschen starben. Die Untersuchungen zum Unfallhergang umfassten auch deutsche Lieferanten und Dienstleister. Es kam zu keiner Verurteilung einer deutschen Partei; die Feststellung, dass die Zuständigkeit auch ohne Niederlassung oder Betriebsstätte in Italien aber gegeben gewesen wäre, ist für die Praxis von erheblicher Bedeutung.

Neue Regeln zum Transparenzregister in Deutschland

Über die Einführung des Transparenzregisters hat der Mandantenbrief schon berichtet. Der Gesetzgeber hat einige Änderungen beschlossen, die am 1.8.2021 in Kraft getreten sind. Danach sind jetzt alle Gesellschaften eintragungspflichtig. Für deutsche und europäische Aktiengesellschaften gilt eine Eintragsfrist bis zum 31.3.2022, für GmbHs, Partnerschaften und Genossenschaften bis zum 30.6.2022, für die restlichen Gesellschaften bis zum 31.12.2022. Vereine werden jetzt schon von Amts wegen eingetragen.

Prüfen Sie daher, ob ihre Gesellschaft schon eingetragen ist. Für praktische Hinweise stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Metamorphose: Limited wird zur Personengesellschaft

Den ca. 70.000 Limiteds, Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach englischem Recht, die ihren tatsächlichen Sitz in Deutschland haben, droht



eine dornige Zukunft. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU zum 1.1.2021 gilt in Deutschland die vom EuGH diktierte Gründungstheorie für englische Unternehmen nicht mehr. Sie unterstehen daher rechtlich nicht mehr dem Recht ihrer Gründung (UK) sondern dem Recht ihres tatsächlichen Verwaltungssitzes (Deutschland). Da in Deutschland ein Numerus clausus der Kapitalgesellschaften existiert, sind die Limiteds wie Personengesellschaften zu behandeln. Die Limited hat sich daher um Mitternacht des 31.12.2020 mit dem letzten Glockenschlag in eine GbR oder OHG verwandelt, mit der Folge, dass die Gesellschafter persönlich in voller Höhe für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften (so das OLG wünscht vom 5. August 2021, 29 U 2411/21).

Persönliche Haftung des Geschäftsführers bei Insolvenzverschleppung

Ein dem italienischen Recht unbekanntes Institut ist die in Deutschland geltende Haftung aus Insolvenzverschleppung, wenn der Geschäftsführer bei drohender Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens nicht sofort Insolvenz bei Gericht anmeldet. Wie der BGH am 27.07.2021 entschieden hat (II ZR 164/20) haftet der Geschäftsführer auch Gläubigern der Gesellschaft persönlich, die noch im Irrglauben, dass die Gesellschaft solvent sei, Rechtsstreite gegen die Gesellschaft einleiten. In Deutschland können Gerichtskosten und gegnerischen Anwaltskosten einen erheblichen Schaden darstellen, der in diesem Fall vom Geschäftsführer aus der eigenen Kasse zu erstatten ist.

Srl Gründung per Videokonferenz

In Umsetzung der EU-Richtlinie 1132/2017 wird es in Italien in Zukunft möglich sein, eine srl in Videokonferenz zu gründen. Voraussetzung ist aber die Teilnahme eines Notars und die Nutzung der Plattform der staatlichen italienischen Notarkammer.

Geschäftsführer einer srl trotz Insolvenz

Nach dem Beschluss des italienischen Kassationsgerichtshofs vom 16. September 2021 kann ein Insolvenzschuldner Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (società a responsabilità limitata) werden, im Gegensatz zu Aktiengesellschaften (società per azioni), für die das Verbot weiterhin gilt.

Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs liegt der Grund für diese Unterscheidung in dem institutionellen Kontext, in dem die verschiedenen Gesellschaftsformen tätig sind. Bei den Aktiengesellschaften ist das Verbot dadurch gerechtfertigt, dass sie sehr groß und streng reguliert sind. Gesellschaften mit beschränkter Haftung hingegen zeichnen sich durch das größere Gewicht der einzelnen Teilnehmer an der Geschäftstätigkeit aus.

VERTRIEBSRECHT

Ausgleichsanspruch trotz Kündigung aus wichtigem Grund

Ein Unternehmen erfährt, dass sein Handelsvertreter strafrechtlich wegen Steuerhinterziehung verurteilt wird; es kündigt den Handelsvertrag fristlos. Später erfährt es, dass der Handelsvertreter in wirtschaftlich chaotischen Verhältnissen lebte und kurz vor der Insolvenz stand.

Der Handelsvertreter wird insolvent und der Insolvenzverwalter klagt (an der Stelle des Handelsvertreters) gegen das Unternehmen auf Zahlung eines Ausgleichsanspruches gemäß § 89 b HGB.

Üblicherweise verliert der Handelsvertreter nach § 89 b Abs. 3 Nr. 2 HGB seinen Ausgleichsanspruch, wenn der Unternehmer den Vertrag aus wichtigem Grund gekündigt hat und ein schuldhaftes Verhalten des Handelsvertreters dafür ursächlich war. Das LG Köln (Urteil v. 20.11.2020 – 89 O 21/20 hat einen solchen Fall nicht angenommen und den Anspruch auf Ausgleichszahlung anerkannt. Heranzuziehen seien nur die Gründe, die dem kündigenden Unternehmen bei Ausspruch der Kündigung bekannt waren, also die Begehung der Straftat. Diese sei zwar schwer, sie habe sich aber nicht gegen das Unternehmen gerichtet. Weitere Gründe könnten nach richtlinienkonformer Auslegung (die Handelsvertreterrichtlinie 86/653/EWG ist gemeint) nicht nachgeschoben werden. Das OLG Köln hat in seinem Hinweisbeschluss vom 01.03.2021 (19 U 148/20) die Auffassung des Landgerichts bestätigt. Ob das Urteil rechtskräftig ist, konnte bei Redaktionsschluss nicht ermittelt werden.

Auch bei verspäteter Kündigung; kein Ausgleichsanspruch

Die gleiche Vorschrift (§ 89 b Abs. 3 Nr. 2 HGB) war Gegenstand eines anderen Falles. Dort war offensichtlich, dass der schwere Wettbewerbsverstoß des Handelsvertreters eine fristlose Kündigung durch den Unternehmer begründete. Die Besonderheit in dem vom Kammergericht Berlin entschiedenen Fall (22.2.2021, 2 U 13/18) war, dass sich der Unternehmer möglicherweise eine zu lange Bedenkzeit genommen hatte, bevor er den Vertrag kündigte. Nach deutschem Recht (§ 626 Abs. 2 BGB) muss eine Kündigung aus wichtigem Grund in einem Dienstverhältnis innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis des Kündigungsgrundes der Gegenseite zugehen; im Handelsvertretervertrag jedenfalls nicht über zwei Monate Bedenkzeit.

Das Kammergericht ist der Auffassung, dass diese formale Voraussetzung, die möglicherweise Bedeutung für den Fortbestand des Handelsvertreterverhältnisses gehabt hätte (diese Frage stellte sich hier nicht, da der Handelsvertreter sofort nach Erhalt der Kündigung ebenfalls gekündigt hatte), für die Auslegung des § 89 b Abs. 3 Nr. 2 BGB keine Rolle spielt. Anders als im ersten Fall (oben) gab es hier keinen Zweifel daran, dass der Tatbestand erfüllt war. Die fristlose Kündigung des Unternehmens war ganz eindeutig von der schweren Pflichtverletzung des Handelsvertreters begründet. Der Handelsvertreter ging hier leer aus.

DIRITTO SOCIETARIO

Responsabilità penale delle società tedesche in Italia

La lettera ai clienti ha più volte segnalato le differenze tra la legge tedesca e quella italiana in materia di responsabilità penale delle imprese. In Germania, questo è un argomento ricorrente che si traduce in proposte legislative che non superano l'iter legislativo. In Italia, la responsabilità penale della società sussiste da oltre 20 anni ai sensi del Decreto 231/2001.

In questo contesto, la Corte di Cassazione ha stabilito (sentenza n. 32899/21 del 6/9/2021) che anche la società straniera che non ha una stabile organizzazione in Italia può essere perseguita penalmente in Italia. La decisione è stata emessa in merito all'incidente ferroviario di Viareggio del 2009 (strage di Viareggio), in cui morirono 32 persone. Le indagini su come è avvenuto l'incidente hanno coinvolto anche i fornitori e i prestatori di servizi tedeschi. Non c'è stata alcuna condanna di una parte tedesca; tuttavia, la constatazione che la giurisdizione italiana sarebbe sussistita anche senza una filiale o una stabile organizzazione in Italia è di notevole importanza per la prassi.

Nuove regole sul registro della trasparenza in Germania

L'introduzione del registro di trasparenza è già stata segnalata nella lettera ai clienti. Il legislatore ha approvato una serie di emendamenti che sono entrati in vigore il 1° agosto 2021. In base alle nuove disposizioni tutte le società devono ora essere registrate. Per le società per azioni tedesche ed europee, la scadenza per la registrazione è il 31 marzo 2022, per le società a responsabilità limitata, le partnership e le cooperative è il 30 giugno 2022, e per le altre società è il 31 dicembre 2022. Le associazioni vengono registrate d'ufficio.

Dovreste quindi controllare se la vostra società è già stata registrata. Siamo a vostra disposizione per consigli pratici.

Metamorfosi: la Limited diventa una società di persone

Le circa 70.000 Limited, società a responsabilità limitata di diritto inglese, che hanno la loro sede legale effettiva in Germania, devono affrontare un futuro spinoso. Con l'uscita del Regno Unito dall'UE il 1° gennaio 2021, la teoria della fondazione dettata dalla CGCE non sarà più applicabile alle società inglesi in Germania. Pertanto, a tali società non sarà più applicabile la legge dello stato della costituzione (Regno Unito), ma la legge dell'effettivo luogo di amministrazione (Germania). Poiché in Germania esiste un numero chiuso di società di capitali, le Limited devono essere trattate come società di persone. Pertanto, allo scoccare della mezzanotte del 31 dicembre 2020, la Limited si è trasformata in una GbR (società semplice) o OHG (società in nome collettivo), con la conseguenza

che i soci sono personalmente responsabili per l'intero ammontare dei debiti della società (in tal senso la Corte di Appello di Monaco di Baviera del 5 agosto 2021, 29 U 2411/21).

Responsabilità personale dell'amministratore in caso di caso di fallimento

Un istituto sconosciuto al diritto italiano è la responsabilità che incombe sull'amministratore secondo la legge tedesca qualora egli non presenti immediatamente istanza di fallimento al tribunale quando la società è sovraindebitata o insolvente. Come ha stabilito la Corte Federale tedesca (BGH) in data 27 luglio 2021 (II ZR 164/20), l'amministratore risponde personalmente anche nei confronti dei creditori della società che avviano un procedimento legale contro la società nell'erronea convinzione che la società sia ancora solvente. In Germania, le spese processuali e gli onorari degli avvocati possono rappresentare un danno considerevole, che in questo caso deve essere rimborsato personalmente dall'amministratore della società.

Costituzione di una Srl tramite videoconferenza

In attuazione della direttiva UE 1132/2017, in futuro sarà possibile in Italia costituire una Srl ordinaria tramite videoconferenza. Tuttavia, questo richiede la partecipazione di un notaio e l'utilizzo della piattaforma del Consiglio Nazionale del Notariato.

Il fallito può essere amministratore di una società a responsabilità limitata

Ai sensi dell'ordinanza della Corte di Cassazione del 16/9/2021 anche il fallito può divenire amministratore di una società a responsabilità limitata, contrariamente a quanto avviene per le società per azioni, per le quali il divieto resiste.

Secondo la Cassazione la ragione di tale distinzione sta nel contesto istituzionale in cui operano le diverse forme societarie. Per le società per azioni il divieto di amministrazione per i falliti è giustificato dal fatto che si tratta di società di dimensioni notevoli e con una disciplina rigida. Le società a responsabilità limitata sono invece caratterizzate da un maggior peso dei singoli soggetti che partecipano all'attività imprenditoriale.

Dolce Lauda on the Road - Nuova Homepage

La nostra popolare rubrica "Dolce Lauda on the Road" sta soffrendo in questi tempi di Corona, dato che la gente comprensibilmente si incontra più spesso virtualmente che per strada. Abbiamo colto l'opportunità e inaugurato una nuova homepage, dove verranno anche preannunciati i webinar che organizziamo o a cui partecipiamo noi stessi. Tuttavia, il ritorno al mondo reale è un obiettivo che non perdiamo di vista.

DISTRIBUZIONE

Indennità di fine rapporto nonostante recesso per giusta causa

La casa mandante viene a conoscenza che uno dei suoi agenti di commercio è stato condannato penalmente per evasione fiscale e recede dal contratto di agenzia senza preavviso. Successivamente viene a sapere che l'agente di commercio si trovava in una situazione economica precaria ed era sull'orlo del fallimento.

L'agente di commercio diventa insolvente e il curatore fallimentare cita in giudizio la casa mandante ai fini del pagamento dell'indennità di fine rapporto ai sensi del § 89 b HGB (codice commerciale tedesco).

In linea di massima l'agente di commercio perde il suo diritto all'indennità di fine rapporto secondo il § 89 b comma 3 n. 2 HGB qualora il preponente abbia risolto il contratto per giusta causa connessa alla condotta colposa dell'agente di commercio. Il Tribunale di Colonia (sentenza del 20/11/2020 - 89 O 21/20) non ha ritenuto sussistere una simile fattispecie ed ha riconosciuto la richiesta di indennità dell'agente. Secondo i giudici, solo le ragioni conosciute dalla casa mandante al momento della pronuncia della disdetta, ovvero la commissione del reato, dovevano essere considerate a tal fine. Anche se il reato di evasione era grave, non si trattava di una condotta direttamente lesiva per la casa mandante. Secondo un'interpretazione conforme alla direttiva sugli agenti di commercio (86/653/CEE), non si può tener conto di successivi motivi di giusta causa. La Corte d'appello di Colonia (OLG) ha confermato l'interpretazione del Tribunale (ordinanza del 01/03/2021, 19 U 148/20). Al momento della chiusura della redazione non è stato possibile accertare se la sentenza sia passata in giudicato.

Indennità di fine rapporto vs. recesso per giusta causa

La casa mandante viene a conoscenza che uno dei suoi agenti di commercio è stato condannato per evasione fiscale e recede dal contratto di agenzia senza preavviso per giusta causa. Successivamente viene a sapere che l'agente si trovava in una situazione economica precaria ed era sull'orlo del fallimento. L'agente diventa insolvente e il curatore fallimentare cita in giudizio la casa mandante ai fini del pagamento dell'indennità di fine rapporto ai sensi del § 89 b HGB (codice commerciale). In linea di massima l'agente perde il suo diritto all'indennità di fine rapporto (§ 89 b, c. 3 n. 2 HGB) qualora il preponente abbia risolto il contratto per giusta causa connessa alla condotta colposa dell'agente.

Il Tribunale di Colonia (20/11/2020 - 89 O 21/20) non ha ritenuto sussistere una simile fattispecie ed ha riconosciuto la richiesta di indennità dell'agente. Secondo i giudici, solo le ragioni conosciute dalla casa mandante al momento della pronuncia della disdetta, ovvero la commissione del reato, potevano essere considerate a tal fine. Anche se il reato di evasione era grave, non si trattava di una condotta direttamente lesiva per la casa mandante. Secondo un'interpretazione conforme alla direttiva sugli agenti di commercio (86/653/CEE), non si può tener conto di successivi motivi di giusta causa. La Corte d'appello di Colonia (OLG) ha confermato l'interpretazione del Tribunale (ordinanza del 01/03/2021, 19 U 148/20). Al momento non sappiamo accertare se la sentenza sia passata in giudicato.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Italien: Experte in Unternehmenssanierungen eingeführt

Das Gesetzesdekret 118/2021, das am 15.11.2021 in Kraft getreten ist, führt die Figur des Experten in Unternehmenssanierungen ein, der Unternehmen aus der Krise helfen soll. Er ersetzt nicht die Geschäftsführung, sondern unterstützt diese bei allen Verhandlungen mit Gläubigern und sonstigen Dritten. Er hat ein Verfahrenskalender zu erstellen und für dessen Einhaltung zu sorgen. Seine Unabhängigkeit soll als Garantie für Gläubiger dienen, dass die nötigen Entscheidungen nicht grundlos hinausgezögert werden.

Es bietet sich hier ein neues interessantes Arbeitsfeld für Rechtsanwälte und Steuerberater an. Interessierte Kollegen können einen Antrag auf Eintragung in die Register stellen, die bei den Industrie- und Handelskammern der Hauptstädte der Regionen eröffnet wurden. Rechtsanwälte bedürfen einer Zulassung von fünf Jahren und müssen Erfahrungen bei Unternehmenssanierungen nachweisen. Die Vergütung ist ebenfalls festgesetzt worden, der Rahmen beträgt 4000-400.000 Euro und kann nach Unternehmensgröße auch erweitert werden.

Hartnäckiger Fiskus – Keine kostenlose Vertretung

Der Kassationshof hat mit seiner Entscheidung 24255/2021 die Praxis der italienischen Finanzbehörden gegenüber Rechtsanwälten als rechtmäßig festgestellt, ihre Honorare allein aufgrund ihrer Nennung als Prozessbevollmächtigte in Urteilen zu schätzen und festzusetzen. Im entschiedenen Fall hatte der Kollege behauptet, die Vertretungen kostenlos übernommen zu haben und auf seine (blanke) Buchhaltung verwiesen. Die Richter halten eine solche Erklärung nur dann für stichhaltig, wenn es sich entweder um Freunde und/oder Verwandte gehandelt haben sollte oder wenn der Kollege nachweisen könnte, gerichtlich gegen seinen Mandanten vorgegangen zu sein und erfolglos die Pfändung betrieben zu haben.

Beweislast bei Fehlen einer Honorarvereinbarung

Der Kassationshof hat eine sehr anwaltsfreundliche Entscheidung getroffen. Wir danken ihm. Er hat im Oktober 2021 (28226/21) entschieden, dass bei Fehlen einer Honorarvereinbarung die Beweislast dafür, dass der Rechtsanwalt gratis arbeiten sollte, dem Mandanten obliegt.

In einfachen Worten: Der Rechtsanwalt gehört grundsätzlich bezahlt, auch ohne schriftliche Vereinbarung. Es liegt an dem Mandanten, nachzuweisen, dass er gerade für ihn eine Ausnahme machen wollte.

Vereinfachtes Mahnverfahren für bei Forderungseinzug gegen Mandanten

Eine weitere positive Entscheidung des Kassationshofs erging zuvor am 8. Juli 2021 (19427/21); in Italien kann ein Rechtsanwalt mit Erfolg einen Vollstreckungstitel (decreto ingiuntivo) beantragen, wenn er eine von seiner Rechtsanwaltskammer bestätigte, also in der Höhe überprüfte Rechnung dem Gericht

vorlegt. Nachdem die obligatorische Wirkung der Gebührenordnung in Italien aufgehoben wurde, hatten viele Gerichte Zweifel, ob dieses Verfahren noch anzuwenden sei. Die vereinigten Senate des Kassationshofes haben die Zweifel ausgeräumt und für die Anwaltschaft – im Verfahren vertreten durch die Rechtsanwaltskammer Rom – entschieden.

Keine Mindestanzahl von Fällen, um Rechtsanwalt zu bleiben

Mit einem Dekret des Justizministers ist eine aus deutscher Sicht skurrile Zulassungsvoraussetzung für den italienischen Rechtsanwalt entfallen. Dieser musste zuvor nachweisen, zumindest 5 (fünf) Fälle im Jahr bearbeitet zu haben. Wie Sole 24 Ore am 23.10.2021, Seite 10, berichtet ist aufgrund eines Verletzungsverfahrens der Kommission diese Voraussetzung gestrichen worden.

Werben mit Würde

Der nationale Anwaltsrat (Consiglio Nazionale Forense) hat mit seiner Entscheidung 75/21 einen Kollegen untersagt auf seiner Internetseite mit „niedrigen Preisen“, „Honorar nur im Erfolgsfall“ und „Gratisterminen“ zu werben. Die anpreisende Werbung sei standesrechtlich unzulässig.

Schaut man sich die Internetauftritte von Kollegen an, stellt man fest, dass anpreisende Werbung weit verbreitet ist. Der nationale Anwaltsrat geht auch davon aus, dass nur eine sehr geringe Anzahl von Verstößen zur Anzeige gebracht wird. Beispielsweise wurden bei Anwaltskammer Rom, die 25.000 Rechtsanwälte beaufsichtigt, bislang nur fünf Verstöße verhandelt (Quelle: Sole 24 Ore v. 11.10.2021).

Recovery and Resilience Plan – Der italienische Staat sucht Rechtsanwälte über LinkedIn

Damit sich der italienische Staat schnell von der Covid19-Krise erholen und dabei grüner und digitaler werden kann, stehen erhebliche Mittel aus den Fördertöpfen der EU bereit. Der italienische Staat benötigt hierfür Tausende von Juristen und hat durch den Minister der öffentlichen Verwaltung, Renato Brunetta, mit dem nationalen Anwaltsrat (CNF) am 4. November 2021 eine Vereinbarung unterzeichnet. Danach können sich interessierte Rechtsanwälte über „LinkedIn“ für diesen vorübergehenden Staatsdienst bewerben. Es sollen schon 77.000 Curricula eingegangen sein.

Dolce Lauda on the Road - Neue Homepage

Unsere beliebte Kolumne „Dolce Lauda on the Road“ leidet in Coronazeiten, da man sich verständlicherweise mehr in virtuellen Welten als auf der Straße trifft. Wir haben die Gelegenheit beim Schopf gepackt und unsere Homepage renoviert. Dort werden auch die Webinare angekündigt werden, die wir veranstalten oder an denen wir selbst teilnehmen. Dennoch: Die Rückkehr in die reale Welt ist ein Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren.

ANTIDISKRIMINIERUNG

Karriere beim Finanzamt

Italienische Finanzbeamte werden nach einem Punktesystem befördert, das wesentlich von der Dauer der Betriebszugehörigkeit geprägt ist. Eine Finanzbeamtin klagte bis zum Kassationshof auf Feststellung, dass dabei die Bevorzugung von Vollzeitstellen im Verhältnis von Teilzeitarbeit insbesondere Frauen diskriminiert, da diese aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen größtenteils auf Teilzeit angewiesen seien. Der Kassationshof (Entscheidung 21801 /2021) gab ihr Recht und stellte eine mittelbare Diskriminierung fest. In Zukunft werden die italienischen Finanzbehörden bei Beförderungen die vorausgegangene Tätigkeit in Teilzeit genauso zu bewerten haben wie Ganztagsarbeit.

In diesem Zusammenhang kann auf einen Vorlagebeschluss des Bundesarbeitsgerichts 28. Oktober 2021 (8 AZR 370/20) verwiesen werden: Das deutsche Gericht möchte vom EuGH wissen, ob ein Überstundenzuschlag, der nur bei Überschreitung der Ganztagsarbeit gezahlt wird (also erst ab der 9. Stunde) ebenfalls als mittelbare Diskriminierung zu werten ist, da Teilzeitkräfte davon ausgeschlossen werden würden. Die im nächsten Jahr zu erwartende Entscheidung des EuGH wird, falls die Frage positiv beschieden wird, eine erhebliche praktische Bedeutung haben, da viele Unternehmen in Europa ihre Praxis zur Zahlung des Überstundenzuschlages umstellen werden müssen.

NEUES AUS EUROPA

Beitritt zum Haager Übereinkommen

Die Kommission schlägt vor [COM(2021) 388], dass die EU dem Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019 beitreten solle. Dies würde die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen eines Mitgliedstaates der EU außerhalb der Union erheblich erleichtern. Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat eine grundsätzlich befürwortende Stellungnahme abgegeben, weist aber darauf hin, dass insbesondere im Bereich des Arbeits- und Verbraucherrechts Einschränkungen zum Schutz der schwächeren Partei vorgesehen werden müssten (Quelle: DAV-Depesche 36/21), der Schutz sei nicht in allen Vertragsdaten gleichermaßen ausgeprägt.

Form und Inhalt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Italien am 24.06.2021 (12205/16) erneut dazu verurteilt, den Zugang zum Recht für die eigenen Bürger zu erleichtern und formale Hürden abzubauen. Dem ist nur zuzustimmen, wobei jeder, der sich mit einer Klage an den selbigen Gerichtshof für Menschenrechte befasst hat, sich über die große Formstrenge, die von Formularen vorgegeben wird (alles muss ins Kästchen passen, Anlagen dürfen nicht geheftet werden), wundert.

ANTI-DISCRIMINAZIONE**Carriere all'Agenzia delle Entrate**

Gli impiegati italiani dell'Agenzia delle Entrate vengono promossi secondo un sistema a punti che è in gran parte determinato dall'anzianità di servizio. Un funzionario donna è giunta fino al giudizio di Cassazione per far dichiarare che il rapporto preferenziale delle posizioni a tempo pieno rispetto al lavoro a tempo parziale discriminava in particolare le donne, in quanto esse risultavano in gran parte vincolate al lavoro a tempo parziale a causa dei loro obblighi familiari. La Corte di Cassazione (decisione 21801/2021) le ha dato ragione e ha accertato una discriminazione indiretta. In futuro, le autorità fiscali italiane dovranno valutare il precedente lavoro a tempo parziale allo stesso modo del lavoro a tempo pieno in caso di promozioni.

In questo contesto, si può fare riferimento ad un'ordinanza di rinvio del Tribunale federale del lavoro del 28 ottobre 2021 (8 AZR 370/20): Il tribunale tedesco vuole sapere dalla CGCE se un bonus per gli straordinari che viene pagato solo quando si supera il tempo pieno (cioè solo dalla nona ora in poi) va anche considerato una discriminazione indiretta, dato che i lavoratori part-time ne sarebbero esclusi. La decisione della Corte di giustizia europea, attesa per l'anno prossimo, avrà una notevole implicazione pratica se la questione sarà decisa positivamente, poiché molte aziende in Europa dovranno cambiare la loro procedura sul pagamento della retribuzione degli straordinari.

ULTIME DALL'EUROPA**Adesione alla Convenzione dell'Aia**

La Commissione UE propone [COM(2021) 388] che l'UE aderisca alla Convenzione sul riconoscimento e l'esecuzione delle sentenze straniere in materia civile e commerciale del 2 luglio 2019. Ciò faciliterebbe notevolmente il riconoscimento e l'esecuzione delle sentenze di uno Stato membro dell'UE al di fuori dell'Unione.

L'associazione degli avvocati tedeschi DAV ha emesso un parere favorevole, ma fa notare allo stesso tempo che si dovrebbero prevedere delle restrizioni per proteggere la parte più debole, soprattutto nel campo del diritto del lavoro e dei consumatori (fonte: DAV-Depesche 36/21), in quanto la protezione non sarebbe ugualmente tutelata in tutti i campi contrattuali.

Forma e contenuto

Il 24.06.2021 la Corte europea dei diritti dell'uomo ha nuovamente ordinato all'Italia di facilitare l'accesso alla giustizia per i propri cittadini e di rimuovere gli ostacoli formali (decisione n. 12205/16). Non si può che essere d'accordo, anche se chiunque abbia proposto un ricorso alla stessa Corte dei Diritti dell'Uomo rimane sorpreso dal grande formalismo imposto dalla Corte stessa nei moduli (tutto deve entrare nella formattazione prevista, gli allegati non devono essere pinzati).

INFORMAZIONI PER COLLEGHI**Italia: introdotto l'esperto in ristrutturazioni aziendali**

Il decreto-legge 118/2021, entrato in vigore il 15/11/2021, introduce la figura dell'esperto in ristrutturazioni aziendali, che dovrà aiutare le imprese a uscire dalla crisi. Non si sostituisce all'imprenditore, bensì lo affianca in tutte le trattative con i creditori e altri terzi. Deve predisporre un calendario procedurale e assicurarsi che venga rispettato. La sua indipendenza è volta a garantire ai creditori che le decisioni imprenditoriali necessarie non siano ritardate senza motivo.

Si apre la possibilità di un nuovo interessante campo di lavoro per avvocati e commercialisti. I colleghi interessati possono richiedere l'iscrizione nei registri aperti presso le Camere di Commercio e Industria nei capoluoghi di regione. Gli avvocati devono essere abilitati all'esercizio della professione forense da cinque anni e devono dimostrare di avere esperienza nelle ristrutturazioni aziendali. È stata fissata anche la retribuzione, che va da un minimo di 4.000 a un massimo di 400.000 euro e può anche essere aumentata in base alle dimensioni della società.

Fisco intransigente – No alla rappresentanza gratuita

La Corte di Cassazione (24255/21) ha stabilito che la pratica adottata dall'amministrazione finanziaria italiana nei confronti degli avvocati di stimare e accertare i loro onorari unicamente se i loro nomi figurano nelle sentenze in qualità di procuratori alle liti è legittima. Nel caso di specie, il collega aveva affermato di aver assunto la rappresentanza a titolo gratuito, facendo riferimento alla sua contabilità (a zero). I giudici considerano valida una tale dichiarazione solo se si tratta di amici e/o parenti o se il collega può provare di aver agito in giudizio contro il suo cliente e di aver proceduto senza successo al pignoramento.

Onere della prova in mancanza di un accordo sul compenso

La Corte di Cassazione ha adottato una decisione molto favorevole agli avvocati. La ringraziamo per questo. Nell'ottobre 2021 (28226/21) ha stabilito che, in mancanza di un accordo sul compenso, l'onere della prova che l'avvocato debba lavorare gratuitamente è a carico del cliente.

In parole povere: l'avvocato tendenzialmente deve essere pagato, anche senza accordo scritto. Sta al cliente dimostrare che l'avvocato ha voluto fare un'eccezione solo per lui.

Procedura semplificata d'ingiunzione di pagamento per il recupero dei crediti nei confronti dei clienti

Un'altra decisione positiva della Corte di Cassazione è stata precedentemente emessa l'8 luglio 2021 (19427/21): in Italia, un avvocato può richiedere con successo un decreto ingiuntivo se presenta al tribunale una parcella confermata dal suo Ordine

degli Avvocati, cioè verificata per quanto concerne l'importo. Dopo che l'effetto obbligatorio del tariffario forense è stato abolito in Italia, molti tribunali hanno avuto dubbi sul fatto che questa procedura potesse essere ancora applicata. Le Sezioni Unite della Corte di Cassazione hanno dissipato i dubbi e si sono pronunciate in favore degli avvocati, rappresentati in giudizio dall'Ordine degli Avvocati di Roma.

No al numero minimo di casi per rimanere avvocato

Un decreto del Ministro della Giustizia ha abolito quello che, da un punto di vista tedesco, è considerato un bizzarro requisito ai fini dell'esercizio della professione di avvocato in Italia. In precedenza, l'avvocato doveva dimostrare di essersi occupato di almeno 5 (cinque) casi all'anno. Come riportato dal Sole 24 Ore il 23.8.21, a pagina 10, questo requisito è stato abolito in virtù di una procedura di infrazione da parte della Commissione.

Pubblicità con dignità

Nella sua decisione 75/21, il Consiglio Nazionale Forense ha proibito a un collega di fare pubblicità sul suo sito Internet con "prezzi bassi", "riscossione onoraria a definizione pratiche" e "appuntamenti gratuiti", in quanto la pubblicità promozionale è inammissibile secondo la deontologia professionale.

Se guardate i siti dei colleghi, vedrete che la pubblicità promozionale è molto diffusa. Il Consiglio Nazionale Forense ipotizza anche che venga segnalato solo un numero minimo di infrazioni. A titolo esemplificativo, l'Ordine degli Avvocati di Roma, che controlla 25.000 avvocati, si è occupato finora solo di cinque casi di infrazioni (fonte: Il Sole 24 Ore dell'11/10/2021).

**Recovery and Resilience Plan – Il Governo italiano cerca avvocati su LinkedIn**

Affinché il Governo italiano si riprenda rapidamente dalla crisi causata dal COVID-19, diventando anche più verde e più digitale, sono disponibili notevoli finanziamenti dai fondi dell'UE. Il Governo italiano ha bisogno di migliaia di avvocati e, nella persona del Ministro della Pubblica Amministrazione, Renato Brunetta, ha firmato un accordo con il Consiglio Nazionale Forense (CNF) il 4 novembre 2021. Secondo tale accordo, gli avvocati interessati possono fare domanda per questo impiego pubblico temporaneo su "LinkedIn". Sembra che siano già pervenuti 77.000 curriculum.

ARBEITSRECHT

Nachvertragliches Wettbewerbsverbot: In Italien unkündbar

Eine interessante Entscheidung des Kassationshofs zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot gibt Anlass, an die noch bestehenden Unterschiede zwischen Deutschland und Italien hierbei zu erinnern: Ein wesentlicher Unterschied besteht in der Höhe der Vergütung, Art 2125 codice civile lässt die Höhe offen, die Rechtsprechung hält schon ca. 15% für ausreichend, aber auch schon 7.500 Euro im Jahr für einen Bankangestellten (Kassationshof 9790/20) bei Beschränkung auf nur eine Region. In Deutschland ist eine Mindesthöhe in Höhe von 50 % des regelmäßigen Arbeitsverdienstes, einschließlich Boni und Überstunden, gesetzlich vorgeschrieben (§ 74 II HGB). Das nachvertragliche Wettbewerbsverbot ist in Deutschland also wesentlich teurer als in Italien.

In Deutschland beträgt die Höchstdauer zwei Jahre, in Italien drei Jahre, für leitende Angestellte sogar fünf Jahre. Der deutsche Arbeitgeber kann sich aber mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr während des Arbeitsverhältnisses vom nachvertraglichen Wettbewerbsverbot lösen (§ 75a HGB).

Diese Möglichkeit hat der italienische Arbeitgeber nach einer Entscheidung des Kassationshofes vom 1. September 2021 (23723/2021) nicht. In dem betreffenden Fall hatte der Arbeitgeber seiner Arbeitnehmerin schon sechs Jahre vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses mitgeteilt, dass er am nachvertraglichen Wettbewerbsverbot kein Interesse mehr habe. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses klagte die Arbeitnehmerin dennoch auf die Entschädigung, die Kassationsrichter gaben ihr Recht. Nach dem italienischen Rechtsverständnis entsteht der Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung nicht mit Beendigung des Arbeitsvertrages, sondern schon mit Beginn, da der Arbeitnehmer seine Lebensplanung darauf einstellen muss.

Zurück zu Deutschland: Für Geschäftsführer – also für Organe der Gesellschaft – gilt die verbindliche 50% p.a.- Entschädigung nicht. Nachvertragliche Wettbewerbsvereinbarungen zwischen einem Geschäftsführer und der Gesellschaft können aus anderen Gründen nichtig sein, wenn beispielsweise die Berufsfreiheit des Geschäftsführers unzulässig eingeschränkt wird. In diesen Fällen erhält der Geschäftsführer seine Entschädigung nicht auf der Grundlage der Vereinbarung (die nichtig ist), sondern als Schadensersatz, wenn die Klausel von der Gesellschaft vorformuliert wurde (siehe OLG Brandenburg, Urteil vom 15.12.2020, 6 U 172/18)

Bonusanspruch des Arbeitnehmers bei unterbliebener Zielvereinbarung

Ein Arbeitsvertrag enthält eine Klausel, nach der die Parteien in den ersten Monaten des neuen Jahres die Targets für die erfolgsabhängige Vergütung (Bonus) festlegen werden. Was passiert aber, wenn der Arbeitgeber untätig bleibt und keine Ziele gesetzt werden?

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (siehe zuletzt Urteil vom 17. Dezember 2020, 8 AZR 141/20) erhält der Arbeitnehmer in diesem Fall grundsätzlich den Bonus in voller Höhe und zwar als Schadensersatz dafür, dass der Arbeitgeber untätig geblieben ist. Im entschiedenen Fall hat das Gericht dem Bonus dann doch um 10 % gekürzt: Es hielt

ein Mitverschulden des Arbeitnehmers für gegeben, der den Arbeitgeber diesbezüglich nie auf die fehlende Vereinbarung aufmerksam gemacht hatte.

Workation und Bleisure

Wer die Überschrift dieses Artikels nicht versteht, befindet sich in guter Gesellschaft, soweit man den anwaltlichen Redakteur, der diesen Artikel verfasst, dazu zählen möchte. Es soll sich dabei um Standardbegriffe des modernen Arbeitsrechts handeln (siehe von Steinau-Steinrück in NJW Spezial, S. 626/2021). Workation ist [work+vacation], Bleisure [business und leisure]. Im ersten Fall stellen sich arbeitsrechtliche Fragen insbesondere aus dem IPR, dem Steuerrecht und dem Sozialversicherungsrecht, wenn der Arbeitnehmer beispielsweise in Mallorca seinen Urlaub mit Home Office in der Finca vermengt, im zweiten Fall wie die Kosten des dienstlichen und des privaten Anteils an der Reise abzugrenzen sind, was wiederum zu steuerrechtlichen Komplikationen führen kann. Unsere Chronistenpflicht beschränkt sich aber hier auf die Verbreitung eines neuen Vokabulars.

Nicht ausgebildeter Auszubildender

Deutschland wird wegen seines dualen Systems bei der Ausbildung von Fachkräften international beneidet. Der Auszubildende wird 3,5 Tage in der Woche im Betrieb ausgebildet, 1,5 Tage in der Berufsschule. Die monatliche Vergütung für einen Auszubildenden beträgt je nach Lehrjahr (die durchschnittliche Ausbildung dauert drei Jahre) und nach Branche ca. 600-800 Euro.

Der Besuch der Berufsschule entbindet aber den Betrieb nicht davon, ihn während der betrieblichen Praxis auch tatsächlich auszubilden und ihn nicht als reine Arbeitskraft einzusetzen.

Ein Auszubildender, der im Betrieb eben nur arbeiten durfte, klagte gegen seinen Arbeitgeber auf die Differenz zwischen der Auszubildendenvergütung und dem Gehalt eines gewöhnlichen Arbeitnehmers vor dem Arbeitsgericht Bonn (Urteil vom 8.7.2021, AZ 1 CA 308/2) und bekam Recht. Der Richter verurteilte den Arbeitgeber zur Zahlung nach einer Lohngruppe eines bestehenden Rahmentarifvertrages. Auch in Deutschland existieren Kollektivverträge, sie sind aber größtenteils nicht allgemeinverbindlich.

Verpflichtung zum green pass am Arbeitsplatz

Das Gesetzesdekret 127/2021 vom 15.09.2021 verpflichtet alle italienischen Arbeitnehmer den Arbeitsplatz nur mit einem sogenannten green pass (Bescheinigung, dass man geimpft oder genesen ist) zu betreten. Dies gilt für alle Räume, in denen Arbeitstätigkeit entfaltet wird, Betriebe, Ladengeschäfte aber auch Büros von Freiberuflern. Die Verpflichtung gilt für Arbeiten in überdachten Räumen wie an der frischen Luft und sie gilt für alle Mitarbeiter, unabhängig von der Art des Vertrages, der sie an das Unternehmen bindet (Arbeitnehmer, freie Mitarbeiter, Berater, Werkunternehmer). Eine Ausnahme besteht nur für Arbeitnehmer, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den Besitz eines gültigen green pass zu überprüfen. Der Arbeitnehmer, der über einen solchen nicht verfügt, gilt als unentschuldigend fehlend. Ihm drohen keine disziplinarischen

Konsequenzen, wird aber für den fehlenden Zeitraum nicht vergütet.

Mit Einführung des Gesetzesdekrets 139/2021 wurde auch die Verpflichtung für Arbeitnehmer eingeführt, dem Arbeitgeber rechtzeitig mitzuteilen, ob sie im Besitz eines green pass sind, soweit der Arbeitgeber hierfür besondere Erfordernisse für die Programmierung der Arbeit in der Organisation geltend macht. Dies gilt beispielsweise bei Schichtarbeit oder bei Aufgaben im Rahmen der Arbeitssicherheit, die der Arbeitgeber mit Vorlauf einteilen muss, um die Kontinuität des Betriebs zu sichern.

Die Formulierung des Gesetzgebers (die Arbeitnehmer sind zur Mitteilung „gehalten“) führt zum Schluss, dass eine Nichtmitteilung auch eine vertragliche Nichterfüllung darstellt, die der Arbeitgeber disziplinarisch verfolgen kann. Darüber hinaus würde eine unterlassene Mitteilung auch ein Verstoß gegen die Sorgfalts- und Treuepflicht des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsvertrag darstellen, die dem Betrieb auch potenziell schweren Schaden verursachen kann.

Neues zu den Meldepflichten zur grenzüberschreitenden Entsendung

Das Gesetzesdekret Nr. 122/2020, mit dem die EU-Richtlinie Nr. 957 vom 28. Juni 2018 umgesetzt wurde, führt die Fälle der Kettenentsendung und der Langzeimentsendung ein, was eine Änderung des bisher verwendeten Anzeigeformulars erforderte: Die Anzeigepflichten sind jetzt gemäß den Vorgaben der Verordnung Nr. 170 vom 06.08.2021 und ihren Anlagen zu erfüllen. Die Verordnung wurde am 26.10.2021 auf der Website des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik veröffentlicht.

Eine Entsendungskette im Sinne der Verordnung entsteht dann, wenn ein entleihendes Unternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat einen Arbeitnehmer nach Italien entsendet, der von einem Entleiher entliehen wurde, der seinen Sitz im Mitgliedsstaat des Unternehmens oder in einem anderen Mitgliedsstaat der EU hat.

Eine Entsendungskette setzt folgendes voraus:

- sie muss zwangsläufig mit einer gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung (dem ersten Kettenglied) beginnen;

- der Verleiher und der Entleiher können in demselben Mitgliedstaat oder in verschiedenen Mitgliedstaaten sitzen, auf keinen Fall aber in Italien;

- das Rechtsverhältnis, aufgrund dessen der Arbeitnehmer in Italien eingesetzt wird (=das zweite Kettenglied), darf nicht wiederum eine gewerbliche Arbeitsüberlassung sein, sondern verschiedener Art - z. B. ein Werkvertrag/oder Subwerkvertrag oder eine konzerninterne Entsendung oder eine Tätigkeit in einer Niederlassung des entleihenden Unternehmens mit Sitz in Italien.

Die Meldepflicht vor Beginn einer Kettenentsendung nach Italien obliegt NUR dem Verleiher, also dem Unternehmen der gewerblichen Arbeitsüberlassung.

Für langfristige Entsendungen (mehr als 12 Monate) wurde hingegen die Verpflichtung eingeführt, innerhalb von 5 Tagen nach Ablauf des 12. Monats die Verlängerung der Entsendung mitzuteilen. Diese Verpflichtung wird durch die ursprüngliche Meldung erfüllt, wenn die geplante Dauer der Entsendung 12 Monate von Beginn an überschreiten sollte.

DIRITTO DEL LAVORO

Patto di non concorrenza post-contrattuale: in Italia non può essere revocato

Un'interessante decisione della Corte di Cassazione sulla clausola di non concorrenza post-contrattuale dà motivo di ricordare le differenze che ancora esistono tra la Germania e l'Italia a questo riguardo: una differenza essenziale è l'ammontare del compenso; l'art. 2125 codice civile lascia indefinito l'ammontare e la giurisprudenza considera già sufficiente il 15% circa, ma anche soli 7.500 euro all'anno per un impiegato di banca (Cass. 9790/20), se il limite territoriale fissato dal patto riguarda una sola regione. In Germania, un importo minimo del 50% dello stipendio regolare, compresi i bonus e gli straordinari, è prescritto dalla legge (§ 74 II HGB). La clausola di non concorrenza post-contrattuale è quindi molto più onerosa in Germania che in Italia.

In Germania la durata massima è di due anni, in Italia di tre anni, e per i dirigenti anche di cinque anni. Tuttavia, il datore di lavoro tedesco può terminare la clausola di non concorrenza post-contrattuale con un anno di preavviso durante il rapporto di lavoro (§ 75a HGB).

Il datore di lavoro italiano non ha questa possibilità secondo una decisione della Corte di Cassazione del 1° settembre 2021 (23723/2021). Nel caso in questione, il datore di lavoro aveva già informato la sua dipendente sei anni prima della fine del rapporto di lavoro che non era più interessato alla clausola di non concorrenza post-contrattuale. Dopo la fine del rapporto di lavoro, la lavoratrice ha comunque fatto causa per un risarcimento, e i giudici di cassazione hanno accolto la sua richiesta. Secondo la concezione giuridica italiana, la richiesta di pagamento dell'indennizzo non sorge con la cessazione del contratto di lavoro, ma già con l'inizio, poiché il dipendente deve adattare la sua pianificazione di vita ad esso.

Tomando alla Germania, per gli amministratori delegati - cioè gli organi societari - il compenso obbligatorio del 50% all'anno non si applica. Gli accordi di non concorrenza post-contrattuali tra un amministratore delegato e la società possono essere nulli per altre ragioni, per esempio se la libertà professionale dell'amministratore delegato è illegittimamente compressa. In questi casi, l'amministratore delegato non riceve il suo compenso sulla base dell'accordo (che è nullo), ma come risarcimento danni se la clausola è stata predisposta dalla società (vedi OLG Brandenburg, sentenza del 15.12.2020, 6 U 172/18).

Rivendicazione del bonus del dipendente in caso di mancato accordo sugli obiettivi

Un contratto di lavoro contiene una clausola secondo la quale le parti stabiliranno gli obiettivi per la remunerazione legata al rendimento (bonus) nei primi mesi del nuovo anno. Ma cosa succede se il datore di lavoro rimane inattivo e non vengono fissati obiettivi?

Secondo la Corte Federale del Lavoro (vedi da ultimo la sentenza del 17 dicembre 2020, 8 AZR 141/20), in questo caso il lavoratore riceve generalmente il bonus per intero come compensazione per il fatto che il datore di lavoro è rimasto inattivo. Nel caso in questione, il Tribunale ha ridotto il bonus del 10%: ha considerato il concorso di colpa del dipendente che non aveva mai richiamato l'attenzione del datore di lavoro sulla mancanza di un accordo in questo senso.

Workation und Bleisure

Chiunque non capisca il titolo di questo articolo è in buona compagnia, insieme all'avvocato Redattore, che scrive questo articolo. Questi dovrebbero essere termini standard nel diritto del lavoro moderno (vedi von Steinau-Steinrück in NJW Spezial, p. 626/2021). Workation è [lavoro+vacanza], bleisure [affari e tempo libero]. Nel primo caso, sorgono questioni di diritto del lavoro, specialmente di DPI, di diritto fiscale e di previdenza sociale, se il dipendente, per esempio, unisce le sue vacanze a Maiorca all'home office nella sua Finca; nel secondo caso, come distinguere i costi aziendali di trasferta da quelli privati, che a sua volta può portare a complicazioni sotto il diritto fiscale. Tuttavia, il nostro dovere di cronisti si limita qui alla diffusione di un nuovo vocabolario.

Apprendista non addestrato

La Germania è invidiata a livello internazionale per il suo sistema duale di formazione dei lavoratori qualificati. L'apprendista viene formato 3,5 giorni alla settimana in azienda, 1,5 giorni dalla scuola professionale. La retribuzione mensile di un apprendista è di circa 600-800 euro, a seconda dell'anno di apprendistato (l'apprendistato medio dura tre anni) e del settore.

Frequentare la scuola professionale, tuttavia, non libera l'azienda dall'obbligo di formare effettivamente l'apprendista durante la formazione pratica e di non utilizzarlo come semplice forza lavoro.

Un apprendista che ha potuto solo lavorare in azienda ha citato il suo datore di lavoro per la differenza tra l'indennità di formazione e il salario di un dipendente ordinario davanti al tribunale del lavoro di Bonn (sentenza dell'8 luglio 2021, AZ 1 CA 308/2), che gli ha dato ragione. Il giudice ha ordinato al datore di lavoro di pagare secondo una determinata fascia salariale di un contratto collettivo quadro esistente. I contratti collettivi esistono anche in Germania, ma la maggior parte di essi non è generalmente vincolante.

L'obbligo del green pass al posto di lavoro e le sanzioni disciplinari

Con il D.L. 127/2021 dal 15 ottobre scorso in Italia è stato introdotto l'obbligo di possesso della certificazione verde Covid-19 (c.d. green pass) per accedere sul luogo di lavoro: tale obbligo riguarda tutti gli spazi nei quali viene svolta un'attività lavorativa, siano essi aziende o negozi, come anche studi professionali, indipendentemente dal fatto che gli stessi siano al chiuso o all'aperto. Ed ancora tale obbligo va rispettato da tutti i lavoratori, a prescindere dal tipo di contratto utilizzato (lavoro subordinato, lavoro autonomo, consulenza, appalto). L'unica eccezione è costituita dai lavoratori esentati dalla campagna vaccinale sulla base di idonea certificazione medica.

Ai datori di lavoro è affidato l'onere di verificare il possesso di un valido green pass (ottenibile con la guarigione dal Covid 19, la vaccinazione o un tampone): il lavoratore privo di green pass non potrà accedere al posto di lavoro e la sua assenza sarà considerata ingiustificata, con l'unica conseguenza disciplinare della trattenuta della retribuzione per tutto il periodo di assenza.

A seguito dell'entrata in vigore del D.L. 139/2021, invece, in caso di richiesta da parte del datore di lavoro, derivante da specifiche esigenze organizzative volte a garantire l'efficace programmazione del lavoro, i lavoratori sono tenuti a comunicare, con un preavviso necessario a soddisfare le predette esigenze, se siano o meno in possesso di green pass. In casi quali il lavoro a turno o i presidi di sicurezza, infatti, è determinante sapere quale sia la forza lavoro su cui si può contare per mantenere la continuità dell'attività lavorativa.

Relativamente a questo dovere, l'espressione utilizzata dal legislatore (sono tenuti) consente di ritenere che la violazione (mancata comunicazione) costituisca un inadempimento, questa volta sanzionabile disciplinarmente: ed invero tale violazione comporterebbe anche una lesione del generale dovere di buona fede nell'esecuzione del contratto, potenzialmente in grado di arrecare gravi danni all'organizzazione aziendale.

Novità nella comunicazione preventiva del distacco transnazionale

Il D.Lgs. n. 122/2020, che ha recepito la Direttiva comunitaria n. 957 del 28 giugno 2018, ha introdotto la fattispecie del c.d. distacco a catena e l'ipotesi del distacco di lunga durata che hanno richiesto l'aggiornamento del modello di comunicazione utilizzato sino ad oggi: gli obblighi comunicativi dovranno essere assolti secondo le modalità definite dal Decreto n. 170 del 06.08.2021 e dai relativi allegati, pubblicati sul sito web del Ministero del lavoro e delle politiche sociali lo scorso 26 ottobre.

L'ipotesi del distacco a catena in ingresso si presenta quando una impresa utilizzatrice avente sede in uno Stato membro invia in Italia un lavoratore somministrato da un'agenzia di somministrazione avente sede nello stesso Stato membro della utilizzatrice o in altro Stato membro.

La fattispecie sin qui illustrata presuppone i seguenti requisiti:

– il distacco deve originare necessariamente da una prestazione di servizi di somministrazione di lavoro (primo anello della catena);

– l'agenzia di somministrazione e l'impresa utilizzatrice possono aver sede presso lo stesso Stato membro o in Stati membri differenti, in ogni caso diversi dall'Italia;

– il rapporto commerciale in virtù del quale il lavoratore fa il proprio ingresso in Italia (secondo anello della catena) non può essere una somministrazione di manodopera, ma deve trattarsi di un rapporto commerciale di diversa natura, che può consistere, ad esempio, in un contratto di appalto/subappalto oppure in un distacco infragruppo o presso filiali dell'impresa utilizzatrice, con sede in Italia.

Nel caso del distacco a catena in ingresso l'obbligo di comunicazione spetta SOLO alla società di somministrazione del personale.

Con riferimento ai distacchi di lunga durata (oltre 12 mesi), invece, è stato introdotto l'obbligo di comunicare, entro 5 gg dal superamento del dodicesimo mese, la proroga del distacco. Tale obbligo è assolto dalla comunicazione preventiva, quando la durata prevista per il distacco sia sin dall'inizio superiore ai 12 mesi.

IMMOBILIENSEITE

Share Deal und Grunderwerbssteuer

Jeder Käufer einer in Deutschland gelegenen Immobilie muss Grunderwerbsteuer zahlen. Sie ist je nach Land unterschiedlich, in Sachsen beträgt sie 3,5 % vom Kaufpreis, in Schleswig-Holstein 6,5 %, in Hessen, unserem Heimatstaat, liegt sie bei 6 %.

Bislang konnte die Zahlung der Steuer durch sogenannte „Sharedeals“ umgangen werden, wenn es sich beim Verkäufer um eine Kapitalgesellschaft handelte und der Käufer die Geschäftsanteile der Verkäufer-Gesellschaft erwarb. Erwarb der Käufer zunächst 94,9 % der Anteile (und nach einer Wartezeit von fünf Jahren die restlichen 5,1 %) fiel keine Steuer an.

Der Gesetzgeber hat jetzt reagiert, in der Hoffnung dieses Steuerschlupfloch zu stopfen: Mit dem 1. Juli 2021 ist die Beteiligungsgrenze auf 90 % gesenkt und die Wartezeit auf zehn Jahre erhöht worden. Werden dann nach zehn Jahren die restlichen 10,1 Prozent der Immobilie betragen, fallen allein auf diese Grunderwerbsteuer an. Bleibt abzuwarten, ob sich die großen Immobiliengesellschaften davon abschrecken lassen.

Übergang der Immobilie bei einem Scheidungs- oder Trennungsurteil

Es war in Italien lange umstritten, ob eine in einem Scheidungs- oder Trennungsverfahren getroffenen Vereinbarung zwischen Eheleuten ausreichen würde, um die Immobilie auf den neuen Eigentümer umzuschreiben. Viele Landgerichte (unter anderem Mailand, Florenz, Neapel) vertrat die Auffassung, dass die vormaligen Eheleute zusätzlich einen Notar der Übertragung beauftragen mussten. Die vereinigten Senate des Kassationshofes haben mit ihrer Entscheidung vom 29. Juli (21761) jetzt ein klares Wort gesprochen; die gerichtliche Bestätigung der Scheidungsvereinbarung reicht als Übertragungstitel. Der Notar wird nicht mehr gebraucht.

Italien – Förderungen für Sanierungen verlängert

Der italienische Staat hat zur Förderung der Bauwirtschaft verschiedene Programme aufgelegt, mit denen Sanierungen und Renovierungen von Immobilien erheblich gefördert werden. Bei einer erheblichen Verbesserung der Energieklasse werden die Kosten sogar sämtlich erstattet (110 %), es gibt aber auch erhebliche Zuschüsse bei Renovierung der Fassade (90 %) und bei anderen Sanierungsarbeiten (50 %, 60 %).

Bei Redaktionsschluss der Newsletter war es zwar sehr wahrscheinlich, aber noch nicht ganz sicher, dass die Förderung auch durch Abtretung der Forderungsberechtigung an den Bauunternehmer bis zum Jahre 2023 verlängert werden würde. Diese Abtretung hat es auch ausländische Investoren ermöglicht, die Förderungen in Anspruch zu nehmen. Die Alternative zur Abtretung ist sonst ein Steuerguthaben, das nur denen etwas hilft, die in Italien auch Steuern bezahlen. Im Falle der wahrscheinlichen Verlängerungen ist aber mit stärkeren Kontrollen zu rechnen, da die Abtretung an die Bauunternehmer auch zu Missbrauch geführt hatte.

Hier eine Übersicht der derzeitigen Förderprogramme:

Fassadenbonus 2022

Zu den wichtigsten Förderprogrammen gehört der Fassadenbonus, das zu den Gebäudeprämien für Verbesserungen und Renovierungen von Häusern gehört. Zurzeit beträgt er 90%. Der Bonus läuft am 31. Dezember 2021 aus, wird aber nach dem neuen Haushaltsgesetz im Jahr 2022 zu einem niedrigeren Prozentsatz in Höhe von 60 % erneuert.

Superbonus 110

In dem von der Regierung Draghi eingeleiteten Finanzmanöver wurde der 110%ige Superbonus für das gesamte Jahr 2022 und für alle Arten von Wohnungen verlängert, allerdings mit unterschiedlichen Fristen je nach Art des Begünstigten:

Villen und Einfamilienhäuser

Der Maximalabzug gilt bis zum 31. Dezember 2022, jedoch nur für Erstwohnungen und wenn die ISEE-Obergrenze 25.000,00 Euro nicht übersteigt (ISEE ist ein Einkommensindex). Andernfalls kommt die Arbeit nur dann für den Abzug in Frage, wenn die Mitteilung über den Beginn der Arbeiten (CILA) bis zum 30. September 2021 erfolgt ist. In allen anderen Fällen endet die Frist für den Abschluss der Arbeiten am 30. Juni 2022.

Eigentumswohnungen und Einzelpersonen, die alleinige oder gemeinsame Eigentümer von Gebäuden sind, die aus 2 bis 4 getrennt eingetragenen Eigentumseinheiten bestehen. Superbonus gültig bis 31. Dezember 2025, aber ab 2024 mit einer Reduzierung: 70% Erstattung für Ausgaben, die 2024 anfallen, 65% für solche, die 2025 anfallen.

Sismabonus 2022

Wer eine Immobilie, die in den drei in Italien ausgewiesenen erdbebengefährdeten Zonen liegt, kann den Sismabonus für Anpassungsarbeiten in Anspruch nehmen. Diese Maßnahme gehört zu den Maßnahmen, die von dem 110%igen Superbonus umfasst sind.

Erstwohnungsprämie für im Ausland lebende Italiener

Im Oktober erschienen in italienischen Zeitungen eine Reihe von Artikeln, die sich vor allem an im Ausland lebenden Italiener richteten und in denen (fälschlicherweise) die Abschaffung der Steuervergünstigungen für die erste Wohnung in Italien für im Ausland lebende und bei der A.I.R.E. (Melderegister der im Ausland Wohnenden) registrierte Italiener angekündigt wurde; bislang konnten Auslandsitaliener Steuervergünstigungen für ihre erste Wohnung in Anspruch nehmen, ohne den ausländischen Wohnsitz nach Italien verlegen zu müssen. Die Vergünstigung (die also vorläufig noch in Kraft ist) besteht in Zahlung einer Eintragungssteuer von 2 % anstelle von 9 % auf den Katasterwert der erworbenen Immobilie und einer Hypotheken- und Katastersteuer in Höhe von 50 Euro oder, wenn die Immobilie von einer mehrwertsteuerpflichtigen Gesellschaft verkauft wird, in der Anwendung eines Satzes von 4 % anstelle von 10 %, und der Zahlung der Eintragungs-, Kataster- und Hypothekensteuer in Höhe von jeweils 200 Euro.

Tatsächlich hatte die Regierung im Entwurf des Dekrets ursprünglich die Abschaffung der Vergünsti-

gung für Auslandsitaliener vorgesehen, wahrscheinlich um eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof zu vermeiden, der diese Praxis als diskriminierend gegenüber Eigentümern aus anderen Mitgliedsstaaten der EU ansieht, da eben nur italienische Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland begünstigt werden. In der endgültigen Fassung des von der Regierung gebilligten und am 21. Oktober 2021 im Amtsblatt veröffentlichten Steuerdekrets für 2022 wurde dieser Artikel gestrichen, und die fraglichen Vergünstigungen bleiben vorerst in Kraft, aber wer weiß, bis wann; es ist nicht vorstellbar, da für den italienischen Staat zu kostspielig, dass eine solche Vergünstigung auf alle europäischen Bürger ausgedehnt werden würde, die ihre „erste Wohnung“ in Italien kaufen.

Möglicherweise wird die Streichung der Vergünstigung für Auslandsitaliener in das Haushaltsgesetz 2022 aufgenommen, auch wenn der Gesetzesentwurf derzeit keine diesbezügliche Vorschrift Artikel enthält.

Das Finanzamt hat sich kürzlich zu diesem Thema geäußert und in seinem Rundschreiben Nr. 751 vom 28. Oktober 2021 bestätigt, dass ein Wohnsitz im Ausland die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 4 % nicht ausschließt. Diese Erleichterung gilt also auch dann, wenn der Auswanderer die Immobilie erwirbt, ohne sich dauerhaft in Italien niederzulassen; das erworbene Haus muss aber während der Zeit, in der er sich im Hoheitsgebiet aufhält, sein Hauptwohnsitz sein.

Das Finanzamt schaltet sich in diesem Zusammenhang ebenfalls ein, um zu klären, ob der Veräußerungsgewinn aus der Weiterveräußerung ohne Rückkauf innerhalb dieses Zeitraums einen steuerpflichtigen Veräußerungsgewinn darstellt oder nicht. Die Nichtsteuerbarkeit von Veräußerungsgewinnen aus Verkäufen innerhalb des Fünfjahreszeitraums zwischen Kauf und Verkauf setzt voraus, dass die Immobilie während des größten Teils dieses Zeitraums als Hauptwohnsitz des Veräußerers oder seiner Familienangehörigen genutzt wurde.

In ihrer Antwort auf die Frage 627 vom 27. September 2021 weist die Agenzia delle Entrate außerdem darauf hin, dass „die Bedingung, ein Auswanderer im Ausland zu sein, nicht unbedingt durch eine Bescheinigung über die Eintragung bei der AIRE belegt werden muss, sondern vom Interessenten selbst durch eine Erklärung im Kaufvertrag bestätigt werden kann“.

Kassationsgerichtshof: Der Anspruch auf Zahlung der Maklerprovision entsteht auch dann, wenn kein Auftrag erteilt wurde. Es reicht aus, dass eine Vermittlungsleistung erbracht wurde.

Die zweite Zivilkammer des Kassationsgerichtshofs hat in ihrem Beschluss Nr. 7029/2021 entschieden, dass der Immobilienmakler auch dann Anspruch auf die Zahlung einer Provision hat, wenn keine ausdrückliche vorherige Auftragserteilung vorliegt. Es reicht aus, dass eine Vermittlungsleistung stattgefunden hat, die die Parteien - auch stillschweigend - begünstigt und zum Abschluss des Geschäfts geführt hat. Die Tätigkeit des Vertreters muss für den Abschluss des Geschäfts unerlässlich gewesen sein, wobei der Kausalzusammenhang nicht unbedingt unmittelbar und ausschließlich sein muss.

PAGINA IMMOBILIARE

Share Deal e imposta sui trasferimenti immobiliari

Ogni acquirente di un immobile sito in Germania deve pagare la relativa imposta sull'acquisto (Grundsteuer, equiparabile alla nostra imposta di registro). Essa varia dal Land in cui si trova l'immobile, in Sassonia è pari al 3,5% del prezzo di acquisto, in Schleswig-Holstein il 6,5%. In Assia, dove noi ci troviamo, è pari al 6%.

Fino ad ora, il pagamento dell'imposta poteva essere evitato con i cosiddetti Sharedeal, nel caso in cui il venditore fosse una società e l'acquirente acquistasse quote della società venditrice. Così, se l'acquirente acquistava inizialmente il 94,9% delle azioni (e dopo un periodo di attesa di cinque anni il restante 5,1%) non era dovuta nessuna imposta sul trasferimento immobiliare.

Il legislatore ha ora reagito nella speranza di colmare questa lacuna fiscale: a partire dal 1° luglio 2021, il limite di partecipazione è stato abbassato al 90% e il periodo di attesa è stato aumentato a dieci anni. Se il restante 10,1 per cento della proprietà viene poi trasferito dopo dieci anni, l'imposta sul trasferimento di terra sarà dovuta solo su questa parte. Resta da vedere se le grandi società immobiliari saranno scoraggiate da questa novità legislativa.

Trasferimento immobiliare in caso di sentenza di separazione o divorzio

In Italia è stato a lungo controverso se un accordo tra coniugi fatto in un procedimento di divorzio fosse sufficiente a trasferire la proprietà al nuovo proprietario. Molti tribunali (tra cui Milano, Firenze, Napoli) hanno ritenuto in passato che gli ex coniugi dovessero ulteriormente incaricare un notaio per il trasferimento formale della proprietà immobiliare.

Una recente sentenza delle Sezioni Unite della Cassazione, n. 21761 del 29 luglio 2021 ha stabilito che al fine di trasferire immobili in sede di separazione e divorzio, è sufficiente l'atto giudiziario che ratifica l'accordo di separazione o di divorzio, non essendo invece più necessario l'intervento del notaio.

Italia – Proroghe Bonus casa per ristrutturazioni edilizie

Lo Stato italiano ha varato in passato diversi programmi per sostenere il settore edile, con i quali si sovvenzionano in modo sostanziale le ristrutturazioni e i rifacimenti degli immobili. Nel caso di un miglioramento significativo della classe energetica, i costi sono addirittura rimborsati per intero (110%), ma ci sono anche notevoli sovvenzioni per il rinnovo della facciata (90%) e per altri lavori di ristrutturazione (50%, 60%).

Al momento della chiusura redazionale della nostra newsletter, era molto probabile, ma non ancora del tutto certo, che il sussidio sarebbe stato anche esteso per la cessione del credito alla ditta di costruzioni incaricata per i lavori di ristrutturazione fino al 2023. Questa cessione del credito ha anche reso possibile agli investitori stranieri di richiedere le sovvenzioni. L'alternativa alla cessione è altrimenti un credito d'imposta, che agevola in pratica solo chi paga le tasse anche in Italia. Nel caso di proroghe,

oramai quasi sicure se si legge la bozza della legge di bilancio, si aspettano tuttavia dei controlli più severi, dato che la cessione del credito aveva portato anche a degli abusi.

Qui di seguito una panoramica delle principali agevolazioni:

Bonus facciate 2022

Tra i bonus più importanti, il bonus facciate fa parte dei bonus edilizi per i miglioramenti e le riqualificazioni delle case. Al momento è possibile ricevere addirittura una detrazione del 90%. Il bonus scade ufficialmente il 31 dicembre 2021, ma in base alle novità della nuova manovra economica verrà rinnovato nel 2022 con una percentuale inferiore dell'agevolazione pari al 60%.

Superbonus 110

Nella manovra finanziaria varata dal governo Draghi, il Superbonus 110% è stato prorogato per tutto il 2022 e per ogni tipologia di abitazione.

Confermata quindi la proroga del Superbonus al 110%, ma con scadenze che cambiano in base al tipo di beneficiario:

Villette e unità unifamiliari. La maxi detrazione sarà valida fino al 31 dicembre 2022, ma solo per le prime case e se il tetto Isee non supera i 25mila euro. Altrimenti i lavori saranno agevolabili esclusivamente se la comunicazione di inizio lavori asseverata (CILA) risulti effettuata entro il 30 settembre 2021. In tutti gli altri casi, il termine ultimo per concludere i lavori è il 30 giugno 2022.

Condomini e persone fisiche proprietarie uniche o in comproprietà di edifici composti da 2 a 4 unità immobiliari distintamente accatastate. Superbonus valido fino al 31 dicembre 2025, ma dal 2024 scatta una riduzione: 70% di rimborso per le spese sostenute nel 2024, 65% per quelle sostenute nel 2025.

Sismabonus 2022

Chi acquista immobili situati nelle 3 zone di rischio sismico individuate nel nostro paese, può usufruire del sismabonus per i lavori di adeguamento. Questa misura rientra fra quelle che danno diritto a ricevere il superbonus 110%. Tuttavia ci sono alcuni requisiti, individuati dall'agenzia delle entrate, da rispettare per ottenere la detrazione.

Bonus prima casa per italiani residenti all'estero

In alcuni giornali italiani, soprattutto rivolti alle comunità di italiani residenti all'estero, erano apparsi in ottobre diversi articoli che annunciavano (erroneamente) l'abolizione delle agevolazioni fiscali della prima casa in Italia da parte degli italiani residenti all'estero e iscritti all'A.I. R.E., che permette appunto di ottenere le agevolazioni prima casa senza spostare in Italia la propria residenza estera. L'agevolazione (per ora quindi ancora in vigore) consiste nel versamento di un'imposta di registro del 2 per cento, anziché del 9 per cento, sul valore catastale dell'immobile acquistato, e delle imposte ipotecaria e catastale nella misura fissa di 50 euro o, quando a vendere l'immobile è un'impresa soggetta a IVA, l'applicazione di un'aliquota del 4 per cento, anziché del 10 per cento,

e il versamento di imposte di registro, catastale e ipotecaria nella misura fissa di 200 euro ciascuna.

In effetti il Governo ne aveva inizialmente appunto previsto nella bozza del decreto la cancellazione, per evitare probabilmente una condanna da parte della Corte di Giustizia europea, in quanto tale prassi è ritenuta discriminatoria, favorendo solo i cittadini italiani residenti all'estero. Nel testo finale del decreto fiscale 2022 approvato dal Governo e pubblicato il 21 ottobre 2021 nella Gazzetta Ufficiale tale articolo è stato depennato, e per ora le agevolazioni in oggetto sono ancora in vigore, ma chissà fino a quando, visto che è impensabile, in quanto troppo oneroso per lo stato italiano, che una tale agevolazione venga allargata a tutti i cittadini europei che acquistino la loro "prima casa" in Italia.

Forse già nella Legge di Bilancio 2022 verrà inserita la cancellazione dell'agevolazione per i residenti all'estero, anche se al momento nel progetto della legge non è previsto un articolo che la preveda.

D'altra parte sullo stesso tema è intervenuta da ultimo l'Agenzia delle Entrate, la quale ha confermato con Risposta del 28 ottobre 2021, n. 751 come la residenza all'estero non escluda l'applicazione dell'aliquota IVA ridotta del 4%. Questa agevolazione è quindi valida anche se il cittadino emigrato acquista l'immobile senza spostarsi stabilmente in Italia, tuttavia la stessa abitazione deve essere la sua dimora principale nei periodi trascorsi sul territorio.

L'Agenzia delle Entrate interviene anche a questo proposito, per chiarire se la plusvalenza derivata dalla rivendita senza riacquisto entro questo lasso di tempo generi o meno una plusvalenza tassabile. La non tassabilità delle plusvalenze derivanti da cessioni intervenute entro il quinquennio tra la data di acquisto e di cessione è condizionata alla circostanza che l'immobile per la maggior parte di detto periodo sia stato adibito ad abitazione principale del cedente o dei suoi familiari.

Con la risposta all'interpello numero 627 del 27 settembre 2021, la stessa Agenzia delle Entrate specifica anche che "la condizione di emigrato all'estero non deve necessariamente essere documentata con un certificato di iscrizione all'AIRE, ma può essere autocertificata dall'interessato con una dichiarazione resa nell'atto di acquisto".

Corte di Cassazione: Il diritto al pagamento della provvigione dell'agente immobiliare matura anche qualora non sia stato conferito un incarico. Basta che sia stata posta in essere un'attività di intermediazione.

La seconda sezione civile della Corte di Cassazione con ordinanza n. 7029/2021 ha chiarito che il diritto dell'agente immobiliare al pagamento della provvigione matura anche qualora non sussista un preventivo conferimento di incarico. È, infatti, sufficiente che sia stata posta in essere un'attività di intermediazione che abbia avvantaggiato le parti, anche tacitamente, e che abbia condotto alla conclusione dell'affare. L'attività dell'agente deve essere quindi stata indispensabile per la conclusione dell'affare, mentre il nesso causale non deve essere necessariamente diretto ed esclusivo.

DATENSCHUTZ

225 Millionen Euro Strafe für WhatsApp

Vielen Mitgliedsstaaten der EU ist die sehr lasche Überwachungspraxis der irischen Datenschutzbehörden gegenüber amerikanischen Konzernen ein Dorn im Auge. Auch die Europäische Datenschutzbehörde (European Data Protection Board) hat die Iren zu einer schärferen Kontrolle angehalten und insbesondere gefordert, das als viel zu niedrig empfundene, von der irischen Behörde ursprünglich beabsichtigte, Bußgeld an WhatsApp in Höhe von 30-50 Mio zu erhöhen. Immerhin wurde damit erreicht, dass ein Bußgeld in Höhe von 225 Millionen ausgesprochen wurde.

WhatsApp wird unzureichende Transparenz bei der Datensicherheit und insbesondere keine klare Trennung von dem Schwesterunternehmen Facebook (Meta?) in Bezug auf den Datenverkehr vorgeworfen. Die irische Behörde ist zuständig, da alle großen amerikanischen Unternehmen der New Economy in Irland ihren Sitz haben und dort – ebenfalls nach Auffassung der meisten Mitgliedsstaaten – viel zu wenig Steuern zahlen.

Das Bußgeld ist nicht rechtskräftig, WhatsApp hat angekündigt, den Bescheid vor den irischen Gerichten anzufechten. Wir hoffen auf ein unbefangenes Urteil.

Lobby der Technologiekonzerne in Brüssel

Eine Studie von „Lobby Control e.V. ergeben, dass Google, Facebook & Co von allen Branchen das meiste Geld für Lobbyarbeit ausgeben. Für den Versuch, die Entscheidungsträger in Brüssel zu beeinflussen, gibt die Technologiebranche 32 Millionen Euro im Jahr aus, mehr als jede andere Branche. Auf dem ersten Platz steht Google mit 5,750 Mio Euro, gefolgt

von Facebook mit 5,5 Mio und Microsoft mit 5,25 Millionen. Erst dann folgen mit Bayer und Shell zwei Vertreter der Old Economy.

Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO

Nach Art. 15 DSGVO kann jeder Betroffene von dem Unternehmen, mit dem er in Verbindung steht, Auskunft verlangen, ob ihn betreffende personenbezogene Daten dort verarbeitet werden; werden sie verarbeitet, hat der Betroffene auch Anspruch auf Auskunft und auch auf Erteilung einer Kopie dieser Daten (Art. 15 Abs. 3 DSGVO). Der Anspruch wird in Deutschland zunehmend von Arbeitnehmern und Verbrauchern strategisch eingesetzt, um Druck auf das Unternehmen (beispielsweise Arbeitgeber oder Versicherung) auszuüben. Er ist für Arbeitgeber in der Regel nur mit großem Aufwand zu befriedigen und daher geeignet, bei einer Verhandlung über das Ende des Arbeitsverhältnisses, die Abfindung aufzurunden.

Der BGH hat jetzt erstmals den Umfang des Auskunfts- und Kopieanspruches im Falle eines Versicherungsnehmers definiert (BGH vom 15.6.2021, VI ZR 576/19). Der Versicherungsnehmer verlangte von der Versicherung Auskunft und Kopien über sämtliche gespeicherte Daten, die Versicherung weigerte sich zunächst den Anspruch vollständig zu erfüllen mit dem Hinweis, dass dem Kläger die Korrespondenz ohnehin bekannt sei.

Der BGH hielt diesen Einwand nicht für stichhaltig, da der Verbraucher nicht gehalten sei, die eigene Korrespondenz aufzubewahren oder zu speichern, und verurteilte die Versicherung zudem auch auf die Herausgabe von internen Vermerken.

WETTBEWERBSRECHT

Das Leben der anderen

Die berühmteste Italienerin weltweit ist weder Sofia Loren noch Mona Lisa (La Gioconda), sondern Chiara Ferragni. Sollten ältere Leser an dieser Feststellung zweifeln - wie ursprünglich auch der Verfasser dieses Artikels -, wird angeregt, die eigenen Kinder zu befragen. Was ist Frau Ferragni von Beruf? Sängerin? Schauspielerin? Nobelpreisträgerin? Nein, Influencerin mit über 25 Mio. Followern.

Wie ein „Influencer“ rechtlich einzuordnen ist, ist von beiden Rechtsordnungen noch nicht abschließend geklärt. Der BGH hatte am 09.09.2021 (I ZR 90/20, 125/20, 126/20) aber Anlass, Rechtsstreite mit drei beklagten deutschen Influencerinnen (darunter die in Deutschland durchaus bekannte Ehefrau eines Nationalspielers, Cathy Hummels) aus wettbewerbsrechtlicher Sicht zu entscheiden. Soweit in ihren Darbietungen, die insbesondere junge Leute anziehen, auf Produkte hingewiesen wird, die der Nutzer anklicken kann und damit erfährt, wo er sie kaufen kann, ist dieses nichts anderes als Werbung. Nach § 5 Abs. 6 UWG handelt derjenige unlauter, der den kommerziellen Zweck einer geschäftlichen Hand-

lung nicht kenntlich macht, sofern sich dieser nicht unmittelbar aus den Umständen ergibt, und das Nichtkenntlichmachen geeignet ist, den Verbraucher zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, die er andernfalls nicht getroffen hätte. Die Influencerin, die derart Werbung für Produkte anderer Unternehmen betrieb, wurde verurteilt, diese als solche auch zu bezeichnen; Werbesendung! Bei den anderen Influencerinnen, die ganz eindeutig für eigene Produkte warben (so auch Frau Hummels) sah der BGH keine Irreführung.

Bewertungsportal für Ärzte gestärkt

„Jameda“ betreibt ein in Deutschland bekanntes Bewertungsportal für Ärzte. Es enthält die zunächst ohne weitere Prüfung eingetragenen Bewertungen von Patienten. In Deutschland richten sich viele Interessenten, die einen Arzt suchen, nach diesen Bewertungen.

Zwei Zahnärzte hatten Jamada untersagen wollen, sie auf ihrem Portal zu führen. Jamada bietet Ärzten an, durch kostenpflichtige Werbung ihr Profil durch Bilder und andere Funktionen aufzuwerten.

SCHADEN & RECHT

Verkehrsunfall außerhalb Italiens: Erfolgsortsprinzip verfassungsgemäß

Das italienische Recht gewährt wesentlich großzügigere Schmerzensgeldbeträge als das deutsche. Das erklärt die Enttäuschung von italienischen Unfallopfern in Deutschland, die selbst bei erheblichen Verletzungen nur ein Bruchteil dessen erhalten, auf das sie in Italien Anspruch hätten. Die französische Rechtslage scheint - wie sich aus dem Urteil des Kassationshofes v. 25.06.2021, 18286/21 ergibt - der deutschen zu entsprechen.

Ein italienisches Ehepaar erlitt in Paris einen Unfall und klagte vor dem Landgericht Florenz auf Schmerzensgeld. Die Zuständigkeit des italienischen Richters war durch den italienischen Sitz der beklagten Versicherung ohne weiteres gegeben, der italienischen Richter musste aber aufgrund Artikel 4 Abs. 1 Rom II VO französisches Recht anwenden, da der Schaden in Frankreich eingetreten war. Die Kläger wandten unter anderem ein, dass eine solche in ihren Augen ungerechte Regelung sowohl gegen europäisches Recht wie auch gegen den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen würde. Das Landgericht Florenz kam aus Gründen – die der Redaktion nicht vorliegen und auch im Kassationsurteil nicht zitiert werden – den Klägern entgegen. Die Versicherung ging in Berufung und hatte Erfolg. Der Kassationshof bestätigte anschließend, dass am Erfolgsortprinzip des Art. 4 Abs. 1 nicht zu rütteln ist.

Dieselgate: Musterfeststellungsklage auch gegen Daimler

Die Verbraucherzentrale hat wegen Dieselgate jetzt auch eine Musterfeststellungsklage gegen Daimler eingereicht, und zwar wegen C-Modellen die 2018 und 2019, die vom Kraftfahrtbundesamt einen Rückruf erhalten haben. Nach Recherchen des Spiegels (45/2021) ist Daimler im Rahmen des Dieselgate noch subtiler als VW vorgegangen und hat noch bis 2021 Software in die Fahrzeuge eingebaut, die im Testbetrieb andere Abgaswerte als auf der Straße erzeugten. Wenn Leser über solche Fahrzeuge verfügen und ihre Ansprüche geltend machen möchten, bitte melden!

Die Zahnärzte wollten aber nichts zahlen und somit auch im Portal nicht weniger bedeutend erscheinen als die zahlenden Kollegen. Sie zogen es vor, überhaupt nicht zu erscheinen.

Der BGH (Urt. v. 13.10.2021, Az. VI ZR 488/19 und VI ZR 489/19) ist der Auffassung, dass die Ärzte es dulden müssen, auch ohne ihre Zustimmung im Portal bewertet zu werden. Die Urteilsgründe lagen bei Redaktionsschluss doch nicht vor, offensichtlich erkennt der BGH ein gesellschaftliches Informationsinteresse und den Nutzen der Portale an.

Die Entscheidung lässt sich ohne weiteres auch auf Bewertungsportale für Rechtsanwälte übertragen.

PRIVACY

225 milioni di euro di multa per WhatsApp

La prassi di controllo molto permissiva delle autorità irlandesi per la protezione dei dati nei confronti delle società americane è una spina nel fianco per molti stati membri dell'UE. L'European Data Protection Board ha esortato gli irlandesi a rafforzare il loro controllo e, in particolare, ha chiesto un aumento della multa a WhatsApp di 30-50 milioni di euro, che le autorità irlandesi avevano inizialmente intenzione di imporre, ma che è stata considerata troppo bassa. Il risultato è stato che è stata comminata una multa di 225 milioni.

WhatsApp è accusata di insufficiente trasparenza nella sicurezza dei dati e in particolare di non avere una chiara separazione dalla sua società sorella Facebook (Meta?) per quanto riguarda il traffico di dati. L'autorità irlandese è responsabile perché tutte le grandi aziende americane della New Economy hanno la loro sede in Irlanda, dove, anche secondo l'opinione della maggior parte degli stati membri, pagano troppe poche tasse.

La multa comminata non è ancora passata in giudicato, WhatsApp ha annunciato che impugnerà la decisione davanti ai tribunali irlandesi. Speriamo in un giudizio imparziale.

Lobby dei gruppi di aziende tecnologiche a Bruxelles

Uno studio di "Lobby Control e.V." ha rivelato che Google, Facebook & Co spendono più soldi di tutti gli altri settori industriali per il lobbismo. L'industria tecnologica spende 32 milioni di euro all'anno per cercare di influenzare le autorità decisorie a Bruxelles. Al primo posto

c'è Google con 5,750 milioni di euro, seguito da Facebook con 5,5 milioni di euro e Microsoft con 5,25 milioni di euro. Solo dietro questi seguono due rappresentanti della Old Economy, Bayer e Shell.

Diritto all'informazione ai sensi dell'art. 15 del GDPR

Secondo l'art. 15 del GDPR, ogni persona interessata può chiedere informazioni all'azienda con la quale è in contatto per sapere se i dati personali che la riguardano sono trattati; se sono trattati, la persona interessata ha anche il diritto di essere informata e anche di ricevere una copia di questi dati (art. 15(3) del GDPR). Il diritto è sempre più utilizzato strategicamente dai dipendenti e dai consumatori in Germania per fare pressione sull'azienda (per esempio, il datore di lavoro o la compagnia di assicurazione). I datori di lavoro riescono a soddisfare la richiesta solo con gran fatica ed è dunque uno strumento utile idoneo per arrotondare l'indennità in una trattativa sulla fine del rapporto di lavoro.

Il BGH ha ora definito per la prima volta la portata del diritto di informazione e del rilascio di copie nel caso di un consumatore nei confronti della assicurazione (BGH del 15 giugno 2021, VI ZR 576/19). L'assicurato ha chiesto informazioni e copie di tutti i dati memorizzati dalla compagnia di assicurazione, che inizialmente si è rifiutata di soddisfare la richiesta per intero, affermando che l'attore era già a conoscenza della corrispondenza.

Il BGH non ha ritenuto valida questa obiezione, poiché il consumatore non era tenuto a tenere o conservare la propria corrispondenza, e ha anche ordinato alla compagnia di assicurazione di consegnare le note interne.

CONCORRENZA

La vita degli altri

La donna italiana più famosa del mondo non è Sofia Loren né Monna Lisa (La Gioconda), ma Chiara Ferragni. Se i lettori più anziani dovessero nutrire dubbi - come inizialmente l'autore di questo articolo - si suggerisce loro di chiedere ai propri figli. Qual è la professione della signora Ferragni? Cantante? Attrice? Premio Nobel? No, una influencer con oltre 25 milioni di follower.

Come un influencer debba essere classificato legalmente non è stato ancora definitivamente chiarito da nessuno dei due ordinamenti. Tuttavia, il 9 settembre 2021 (I ZR 90/20, 125/20, 126/20), la Corte suprema federale (BGH) ha avuto motivo di decidere su controversie giuridiche con tre influencer tedesche (tra cui Cathy Hummels, moglie di un giocatore di calcio noto in Germania) dal punto di vista del diritto della concorrenza sleale. Nella misura in cui le loro performance, che attirano soprattutto i giovani, si riferiscono a prodotti sui quali l'utente può cliccare e scoprire così dove può acquistarli, non è altro che pubblicità. Ai sensi del § 5(6) UWG, una persona agisce in modo sleale se omette di rivelare lo scopo commerciale di

un'attività commerciale, a meno che questo scopo sia immediatamente evidente dalle circostanze, e l'omissione induca il consumatore a prendere una decisione commerciale che altrimenti non avrebbe preso. L'influencer che pubblicizzava in questo modo i prodotti di altre aziende è stata pertanto condannata a etichettarli come tali; trasmissione pubblicitaria! Nel caso degli altri influencer che pubblicizzavano chiaramente i propri prodotti (compresa la signora Hummels), il BGH non ha visto alcun inganno.

Conferma per il portale di valutazione per medici

"Jameda" gestisce un portale di valutazione per i medici che è molto conosciuto in Germania. Contiene le valutazioni dei pazienti, che vengono inseriti inizialmente senza ulteriori verifiche. In Germania, molti pazienti che cercano un medico usano queste valutazioni come guida.

Due dentisti volevano vietare a Jameda di inserirli nel loro portale. Jameda offre ai medici la possibilità di migliorare il loro profilo con foto e altre funzioni attraverso la pubblicità a pagamento. I dentisti, tuttavia, non volevano pagare nulla e quindi non vole-

DANNO E DIRITTO

Incidente stradale fuori dall'Italia: La Corte Costituzionale conferma la portata dell'art. 4 Roma II ed il principio del luogo di verifica del danno

La legge italiana riconosce notoriamente importi molto più generosi di risarcimento del danno alla persona per il dolore e la sofferenza rispetto alla legge tedesca. Questo spiega la delusione delle vittime italiane di incidenti occorsi in Germania che, anche con lesioni personali significative, ricevono solo una frazione di quello a cui avrebbero diritto in Italia. La situazione giuridica francese sembra corrispondere a quella tedesca, come si evince dalla vicenda che ha occupato la Corte di Cassazione con la sentenza dd. 25.06.2021 n. 18286/21.

Nel caso trattato, una coppia italiana rimaneva vittima di un incidente occorso a Parigi, rivolgendosi tuttavia poi al Tribunale di Firenze, competente in virtù del domicilio italiano della compagnia assicurativa convenuta. In applicazione dell'art. 4 del Regolamento Roma II, il giudice italiano avrebbe dovuto applicare il diritto francese, dato che il danno si è verificato in Francia, ma ha seguito - per motivi non noti alla redazione - l'argomentazione degli attori, per cui la norma in questione sarebbe da ritenere ingiusta, violando sia il diritto europeo che il principio costituzionale della parità di trattamento. La Corte di Cassazione ha successivamente ribaltato tale decisione, confermando che il principio del luogo di verifica del danno ai sensi dell'art. 4, comma 1 del Regolamento Roma II trova piena e corretta applicazione.

Dieseltgate in Germania: l'azione collettiva tedesca (Musterfeststellungsklage) ora anche contro Daimler

L'associazione dei consumatori tedesca ha instaurato l'azione collettiva tedesca anche contro la società Daimler nella questione del Dieseltgate, per alcuni modelli C del 2018 e 2019, che sono stati richiamati dall'autorità federale tedesca competente (fonte: Der Spiegel n. 45/2021). Daimler ha avuto un approccio ancora più drastico nel Dieseltgate rispetto a VW, continuando ad installare fino al 2021 un software che produceva emissioni di scarico diverse in modalità test che su strada. Se tra i lettori ci sono proprietari di vetture con tali modelli, possono ancora fare valere le proprie pretese in giudizio!

vano apparire in una veste meno importante rispetto ai loro colleghi paganti. Preferivano quindi non apparire affatto nel portale.

Il BGH (sentenza del 13.10.2021, rif. VI ZR 488/19 e VI ZR 489/19) è del parere che i medici devono tollerare di essere valutati sul portale anche senza il loro consenso. Le motivazioni della sentenza non erano disponibili al momento di andare in stampa, ma il BGH ovviamente riconosce un interesse sociale nell'informazione e il beneficio dei portali.

La decisione può essere facilmente applicata ai portali di valutazione per gli avvocati.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlmo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlba@dolce.it

CEO FRAUD IMMER DREISTER

Es ist bemerkenswert, welchen rasanten Fortschritt die Cyberkriminalität genommen hat. Es reicht heute nicht mehr aus, die E-Mail-Adressen von verdächtigen Mails auf kleine Ungenauigkeiten zu prüfen. Der heutige Betrug erfolgt in 3 Schritten.

Im ersten Schritt erhält der CEO, CFO, Prokurist oder auch Partner einer Sozietät eine unverdächtige Mail eines alten Freundes oder Geschäftspartners - mit richtiger E-Mail-Anschrift - und der Bitte, ein Dokument (etwa eine Einladung) aus einem bekannten Programm herunterzuladen, beispielsweise OneDrive. Der Empfänger klickt es an und es führt ihn nur zur Homepage des Programms.

Im zweiten Schritt liest der Kriminelle, der sich jetzt den Zugang zu Outlook verschafft hat, seelenruhig sämtliche Korrespondenz des Opfers durch. Er verinnerlicht den gepflegten Stil des Opfers, und sieht sich die Rechnungen an, die üblicherweise bezahlt werden.

Im dritten Schritt leitet er die Emaillkorrespondenz zwischen Opfer und dem Mitarbeiter, der für die Zahlungen zuständig ist, an sich selbst weiter. Er schickt unter der Mailanschrift des Opfers eine unverdächtige Mail an den Mitarbeiter, mit der Bitte um Zahlung einer professionell erstellten Rechnung. Selbst Rückfragen des Mitarbeiters kann er im Namen des Opfers aus dem Outlook beantworten.

Wenn der Mitarbeiter nicht telefonisch Rücksprache hält, ist das Geld weg. Es ist in der Regel im IBAN-Verkehr schon in 2 Stunden bei der Empfängerbank gutgeschrieben, die es sofort an den Täter weiterleitet.

Wenn der Betrug noch am selben Tag entdeckt wird, besteht noch eine Chance, das Geld wiederzuholen. Möglicherweise haftet auch die Empfängerbank, wenn Sie den Hinweis der Zahlungsbank, die vom betrogenen Kunden informiert wurde, nicht rechtzeitig beachtet.

CEO-FRAUD SEMPRE PIÙ SFACCIATO

Preoccupa il rapido progresso della criminalità informatica. Al giorno d'oggi non è più sufficiente controllare gli indirizzi e-mail delle mail sospette per piccole imprecisioni. La truffa viene attuata in 3 fasi.

Nella prima fase, il CEO, il CFO, il procuratore o il partner di uno studio legale riceve un'e-mail insospettabile da un vecchio amico o da un partner commerciale - con l'indirizzo e-mail corretto - contenente la richiesta di scaricare un documento (come un invito) da un programma conosciuto, per esempio OneDrive. Il destinatario ci clicca sopra e lo porta solo alla homepage del programma.

Nella seconda fase, il criminale, che ora ha ottenuto l'accesso a Outlook, legge con calma tutta la corrispondenza della vittima.

Nella terza fase, inoltra a sé stesso la corrispondenza e-mail tra la vittima e il dipendente responsabile dei pagamenti. Invia poi un'email a tale dipendente utilizzando l'indirizzo email della vittima, con la quale lo prega di pagare la fattura di un fornitore. Il truffatore è anche in grado di rispondere a eventuali domande del dipendente da Outlook a nome della vittima.

Se il dipendente non chiede una conferma telefonica, il denaro è già sparito. Di solito viene accreditato sul conto della banca destinataria in 2 ore (in ambito SEPA), che lo trasferisce immediatamente al truffatore.

Se la frode viene scoperta il giorno stesso, c'è ancora una possibilità di recuperare il denaro. La banca ricevente può essere responsabile se non reagisce tempestivamente dopo la denuncia della banca che è stata informata dal cliente truffato.